Das Wesen der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων.

Von Friedrich Preisigke.

1. Die Entwicklung der Meinungen.

Die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων tritt uns in Ägypten erst zur Kaiserzeit entgegen. Auf dem Gebiete des privaten Urkundenwesens spüren wir allenthalben ihre Tätigkeit; insbesondere sind es die unter den Papyri zahlreich vorkommenden Verträge aller Art, bei deren Behandlung die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων neben dem Notariate in Wirksamkeit tritt. Für das Verständnis des ägyptischen Urkundenwesens ist es daher von großem Werte, klarzustellen, welchem Zwecke die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων gedient habe.

Diese Frage ist von Mitteis zuerst im *Hermes* XXX S. 601, später nochmals eingehender im *Archiv für Papyrusforschung* I S. 184ff. behandelt worden. Mitteis vertrat hier die Auffassung, daß nur Immobilien als Gegenstand der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων erscheinen, daß diese Behörde daher als der Grund- und Gebäudesteuerkataster anzusehen sei; das dort geführte Katastralblatt heiße *διάστωμα* (a. a. O. S. 198), doch diene das Steuerbuch zugleich auch für private Zwecke, sodaß eine dem heutigen Grundbuchverkehre sich annähernde Sicherheit gewährt worden sei (*Berichte der Sächs. Ges. Wiss.* Leipzig Bd. 62 S. 249 Anm. 1). Wilcken (*Ostraka* I S. 461ff.) sah in der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων eine Zweigstelle des Gauarchivs, d. i. der δημοσία βιβλιοθήκη, welcher alle Immobilial-Besitzveränderungen anzuzeigen seien; bei jenem Archive werde ein Grundbuch geführt.

Der Grundbuchgedanke wurde sodann umfassend behandelt in zwei Schriften, die im Jahre 1909 fast gleichzeitig erschienen: Eger, *Zum ägyptischen Grundbuchwesen in römischer Zeit*, und Lewald, *Beiträge zur Kenntnis des römisch-ägyptischen Grundbuchrechts*. Nach Eger (a. a. O. S. 26f.) ist die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων berufen zur Verbuchung der rechtlichen Verhältnisse an Grundstücken und zur Aufbewahrung der diese Verhältnisse betreffenden Urkunden; dabei hebt Eger aber schon hervor (S. 27), daß die verwahrten Kontraktsrollen und -register anscheinend auch andere als die Rechte an Grundstücken betreffende Kon-

trakte enthalten; ob z. B. auch Rechtsverhältnisse an Sklaven verbucht worden seien, sei unsicher (S. 29); unsicher sei aber auch, ob die *διαστώματα* mit dem Steuer- und Katasterwesen zusammenhängen (S. 195f.); jedenfalls ergebe sich, daß die Verbuchung bei der *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* weit über den Rahmen einer lediglich katastralen oder auch allgemein staatlichen Zwecken dienenden Verbuchung hinausgehen, und daß damit die Ansätze zu einer grundbuchmäßigen Verbuchung gegeben seien (S. 202). Lewald erklärt (a. a. O. S. 11), daß die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* speziell für Immobiliarangelegenheiten zuständig gewesen sein wird, daß daher die Führung der *διαστώματα*, d. i. der Immobilariübersichten, und was damit zusammenhänge, wie z. B. die Aufbewahrung der *ἀπογραφαί* und der mit diesen eingereichten Urkunden, wenn auch vielleicht nicht die einzige, so doch die wichtigste Aufgabe der *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* gebildet habe; dabei sei es wohl möglich, daß die *διαστώματα* als Gausteuerkataster gedient hätten (S. 85), wenn auch diese Lehre keineswegs sicher begründet sei (S. 87).

Koschaker, *Zschr. Sav. Stift.* 29 (1908) S. 34 u. ö., nennt die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* das Grundbuchamt. Weiß, *Archiv für Papyrusforschung* IV S. 348, sieht im *διάστωμα* den Kataster, der zugleich als Grundbuch dient. Partsch, *Griechisches Bürgerschaftsrecht* I S. 62 Anm. 3, bezeichnet die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* als das Grundbuchamt.

Im Zusammenhange mit dem Gedanken, daß die *βιβλιοθήκη* ganz oder wenigstens hauptsächlich für das Grundbuchwesen bzw. Katasterwesen diene, wurde die andere Frage, welcher Dienststelle denn die Verwahrung der reinen Privaturkunden übertragen gewesen sei, mehrfach dahin beantwortet, daß diese Verwahrung den Agoranomen zugefallen sei. Wessely war der erste, der in den Agoranomen der ptolemäischen Zeit zugleich die Archivbeamten sah (*Mitteil. PER* Bd. V S. 106 u. S. 111f.). Mitteis trat dieser Ansicht bei (*Reichsrecht u. Volksrecht* S. 52). Gerhard, *Philol.* 63 (1905) S. 505, machte aber schon geltend, daß für eine Verwahrung der Urkunden beim ptolemäischen Notariate (*ἀγορανομεῖον*) die Anhaltspunkte fehlen. Was die römische Zeit betrifft, so hatten schon vorher, im Jahre 1899, Grenfell und Hunt die Ansicht ausgesprochen (*P. Oxy.* II 241 Einl. S. 185 u. 238 Einl. S. 181), daß das *ἀγορανομεῖον* zugleich das Archiv (repository of documents) sei, welches die Verbuchung der Verträge vornimmt. Koschaker, *Zschr. Sav. Stift.* 28 (1907) S. 273, 285, 293 usw., nennt die Notariate durchweg Archive oder Lokalarchive.

Dies war der Stand der Meinungen, als ich zu Anfang des Jahres 1910 im Buche *Girowesen im griechischen Ägypten* meine Bedenken gegen das Grundbuch entwickelte. Ich führte aus (S. 276 u. ö.), daß das Notariat nicht zugleich Archiv sei, sondern lediglich Notariat;

dagegen sei die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* kein Grundbuchamt, sondern ein Archiv zur Verwahrung von Privaturkunden (S. 282 ff.); die *διαστροφάματα* seien demzufolge kein Grundbuch, sondern die Bestandsliste des Archivs, d. i. ein Nachweis der zur Verwahrung übernommenen Urkunden (S. 488 ff.); die Eigenschaft der *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* als einer staatlichen Verwahranstalt bringe es aber mit sich, daß dieser Behörde eine Reihe von Rechten und Pflichten gegenüber dem Staate und den Hinterlegern zufallen (S. 292 ff.; 301 ff.; 368 ff.; 488 ff.). Da die verwahrten Urkunden durchweg Besitzrechte enthalten, habe ich die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* das Besitzamt genannt; diese Behörde verwahre grundsätzlich in gleicher Weise unbeweglichen und beweglichen Besitz sowie sonstige Besitzrechte, mit der Maßgabe, daß die Besitzurkunden ihr freiwillig von den Besitzern zur Verwahrung überbracht werden (S. 369 u. S. 384 ff.); eine Steuer- oder Katasterbehörde sei das Besitzamt nicht (S. 290 u. 443); durch die Hinterlegung erlangen die Urkunden und damit die darin verbrieften Rechte öffentliche Gültigkeit (S. 293).

Gegen meine Auffassung wandte sich zunächst Mitteis in der Schrift: *Über die privatrechtliche Bedeutung der ägyptischen βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* (*Berichte der phil.-histor. Klasse der Kgl. Sächsischen Gesellsch. der Wissensch.*, Band 62, S. 249 ff.). Mitteis erkennt hier zwar an, daß die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* auch Urkunden über beweglichen Besitz u. dgl. verwahre (S. 251 f.), hält aber daran fest, daß die genannte Behörde ein Grundbuch in Gestalt der *διαστροφάματα* führe; es stehe fest, daß dieses Grundbuch sämtliche Grundstücke zu umfassen habe und objektiv auch umfaßt habe (S. 254); wenn das Grundbuch subjektiv nicht immer vollständig gewesen sei, d. h. nicht immer jeden subjektiv Berechtigten an den Grundstücken aufweise, so liege das nur daran, daß die Vorschriften der Statthalter, wonach die *διαστροφάματα* vollständig sein sollen, nicht ordentlich befolgt worden seien (S. 254).

Darnach trat auch Partsch meinen Ausführungen entgegen (*Gött. gel. Anz.* 1910, S. 725 ff.): die Ausschaltung des Notars für den Aufbewahrungsdienst sei nicht erwiesen (S. 741); daß man auf vollständige Verzeichnung aller Grundstücke im Besitzamte verzichtet habe, sei eine zu weit gehende Folgerung (S. 743); was es mit dem Vorkommen der Mobilien im Besitzamte für eine Bewandnis habe, sei nicht klar erwiesen, jedenfalls deute das Wort *ἐγκτησις* auf Grundbesitz (S. 744); an der Erklärung der *διαστροφάματα* als des Grundbuches sei festzuhalten (S. 754 f.).

Rostowzew, *Studien zur Geschichte des römischen Kolonates* (S. 405 f.), tritt mir zwar darin bei, daß die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* begründet worden sei als ein Amt, worin die Privatbesitzer freiwillig

ihren Privatbesitz eintragen konnten, vor allem den Privatbesitz an Liegenschaften, in zweiter Linie den Privatbesitz an beweglichen Dingen; doch gelte das nur für die erste Zeit: mit dem Entstehen des Privatbesitzes an Grund und Boden habe sich die Freiwilligkeit sehr bald in Pflicht verwandelt; so sei die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων zu einem richtigen Grundbuchamte, aber nur für die privaten Ländereien, und das διάστρομα zu einem richtigen Grundbuche geworden.

Paul M. Meyer (*P. Hamb.* I Nr. 1, 14 Anm. S. 4) möchte meinen Ausdruck „Besitzamt“ gelten lassen, aber nur, wenn man als Haupttätigkeit desselben die Tätigkeit als Grundbuchamt annimmt, bei dem die Papiere über den gesamten Grundbesitz des Gaues eingereicht werden müssen; er nennt die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων durchweg das „Grundbuchamt“ (*P. Hamb.* I 14 Einl. S. 56).

Wenger (*Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1911 S. 196) hält ebenfalls am Grundbuche fest.

In seinen *Grundzügen der Papyruskunde* vom Jahre 1911 hat schließlich Mitteis die Frage nach dem Wesen der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων erneut behandelt. Er nennt diese Behörde jetzt mehrfach „Zentralarchiv des Gaues“ (S. 63) oder auch „Urkundenarchiv“ (S. 92) oder „Besitzarchiv“ (S. 94); seit der Kaiserzeit sei die Urkundenverwahrung in diesem Archive vorgeschrieben worden (S. 81), und so komme es, daß dort außer den auf dingliche Rechte an Immobilien und Mobilien bezüglichen Urkunden auch noch solche über familienrechtliche Geschäfte u. dgl. liegen (S. 92 u. 106); da aber unter den Besitztümern der Grundbesitz eine ganz überwiegende Rolle spiele, bilde neben der archivalischen Wirksamkeit jener Behörde die Evidenthaltung der Rechte an Grundstücken eine zweite und sehr wichtige Funktion derselben (S. 92). Demzufolge bezeichnet Mitteis die διαστώματα als „Übersichtsblätter über die Besitzverhältnisse“ und die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων als ein wirkliches „Besitz- und Grundbuch“ (S. 92); das Grundbuch umfasse sämtliche Grundstücke (objektive Vollständigkeit); wenn die Vollständigkeit in einzelnen Fällen nicht ganz erreicht worden sei, so könne dies nur als ein Mangel der Ausführung gelten, der das Prinzip nicht berühren würde (S. 107).

Wenn ich recht sehe, enthalten diese Ausführungen von Mitteis in wesentlichen Punkten eine erfreuliche Zustimmung zu dem im *Grirowesen* von mir entwickelten Grundgedanken der allgemeinen Verwahrtätigkeit des Besitzamtes; abweichend bleibt freilich der wichtige Punkt, daß das διάστρομα ein Grundbuch mit objektiver Vollständigkeit darstelle; von einem Grundbuche ist diese Vollständigkeit eben unzertrennlich, d. h. es müssen sämtliche Privatgrundstücke im Grundbuche verbucht stehen. Da ich nach erneutem Durchprüfen aller Gesichtspunkte nach wie vor überzeugt

bin, daß wir den Grundbuchgedanken fallen lassen müssen, weil die Regierung jene Vollständigkeit gar nicht anstrebte, daß das *διάστωμα* mithin kein Grundbuch darstellt, sondern eine einfache Übersicht des ganzen im Besitzamte vorhandenen Bestandes an Besitzurkunden über beweglichen und unbeweglichen Besitz jeglicher Art, die man freiwillig dort hinterlegt hat, so möchte ich im Nachstehenden versuchen, das Wesen der *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* in seinen Grundzügen zu entwickeln, und zwar, da ich Verwaltungsbeamter bin, wesentlich vom verwaltungsdienstlichen Standpunkte aus, indem ich von der geschichtlichen Entwicklung des ägyptischen Verwahrwesens ausgehe.

2. Der ptolemäische Urkundenhüter (*συγγραφοφύλαξ*).

Diejenige Vertragsform, welche für die Frage der geschichtlichen Entwicklung des Verwahrwesens im griechischen Ägypten für uns zunächst in Betracht kommt, ist die Zeugenurkunde, welche vor Zeugen (gewöhnlich sechs) aufgesetzt, verschlossen und, von allen Zeugen versiegelt, einem Zeugen, dem Hüter, zur Verwahrung übergeben wurde. Wir finden diese Zeugenurkunde (Hüterurkunde) seit der griechischen Besetzung in Ägypten vor¹). Dadurch, daß hier ein Unparteiischer, eben jener Hüter, der aber zugleich Vertragszeuge ist, die Urkunde zur Verwahrung übernimmt, genießt der Vertrag zunächst inhaltlich größere Sicherheit: der Hüter ist als Augen- und Ohrenzeuge bei Festlegung des Vertragsinhaltes zugegen, er ist Augenzeuge der Verschließung und der ordnungsmäßigen Versiegelung durch die Gesamtzahl der Zeugen, er bietet als Unparteiischer auch die beste Gewähr dafür, daß nicht ein Vertragspartner böswillig hinterher den Wortlaut des Vertragstextes abändert, was gerade beim Papyrus durch Abwaschen²) einzelner Wörter und Einfügen neuer Wörter leicht möglich war; selbst bei versiegelten Urkunden war das Fälschen einem geschickten Fälscher nicht unmöglich, wenn die Siegel vorsichtig abgehoben und nachher unter Verwendung anderer Fäden an den alten Stellen wieder ordnungsmäßig befestigt wurden. Außerdem aber genossen die Urkunden, wie wir vermuten müssen, im Hause des Hüters auch noch äußerlich eine erhöhte Sicherheit: wer als Hüter Urkunden in Verwahrung nimmt, muß in der Lage sein, Diebstahl und Feuer von dem Verwahrtgute fernzuhalten. Die Wohnhäuser werden damals wie heute, insbesondere in den Dörfern, meistens Holz- und Lehm-bauten gewesen sein; daher wurden die Besitzer von wichtigeren Urkunden von selbst dazu geführt, diese Urkunden außerhalb ihres Hauses an ge-

1) Vgl. Mitteis, *Grundzüge der Papyruskunde* S. 53 ff.

2) H. Erman, *Mélanges Nicole*, S. 121. Preisigke, *P. Strassb.* I S. 102.

sichertem Orte unterzubringen¹⁾. Das Haus eines Urkundenhüters mußte in baulicher Hinsicht, mindestens durch das Vorhandensein von feuer- und diebessicheren Kellerräumen, die nötige Sicherheit gewähren.

Die drei frühptolemäischen Urkunden *P. Eleph.* II, III und IV, welche alle aus derselben Zeit (um 284 v. Chr.) stammen und zusammengebunden in demselben Topfe, im Keller eines Hauses, aufgefunden wurden²⁾, sind ausweislich des Textes drei verschiedenen Hütern übergeben worden. Wenn die drei Urkunden an demselben Orte (Elephantine?) aufgesetzt worden sind, was sie nicht erkennen lassen, müssen in diesem Orte gleichzeitig mindestens drei Leute gewohnt haben, die sich für das Hütergeschäft hergaben und jene Sicherheit gewährten. Im Laufe der Zeit aber — so dürfen wir wohl annehmen — wurde das Hütergeschäft eine Art von Beruf oder Nebenberuf, ausgeübt von bestimmten Männern, die ständig als Zeugen und Hüter wirkten und in ihrem Hause zahlreiche Urkunden verwahrten. So entstand im Hause des Hüters ein Archiv für Privaturkunden. Es ist selbstverständlich, daß der Hüter über Einnahme und Ausgabe der Urkunden Buch führte, da er anders seiner Verantwortlichkeit nicht gerecht werden konnte. Diese Verantwortlichkeit brachte ihn in Berührung mit den Staatsbehörden. Die Urkunden zeigen³⁾, daß der Hüter in Ansehung seiner Hüterschaft als Zeuge vor Gericht gerufen werden konnte. So kam es, daß der Hüter, obwohl an sich ein Privatmann⁴⁾, doch anlässlich seiner geschäftlichen Tätigkeit⁵⁾ eine öffentlich rechtliche Bedeutung gewann. Seine öffentliche Zeugenschaft bezog sich nicht bloß auf die mit dem Verwahren der verschnürten und versiegelten Rolle zusammenhängenden Dinge, sondern auch auf den textlichen Inhalt der Urkunde; in letzterer Hinsicht ist er gewissermaßen ein Merker (*μνήμερον*), weil er ja als Augen- und Ohrenzeuge bei Abfassung des Abkommens zugegen war. Am deutlichsten lernen wir diese Seite der Hütertätigkeit aus *P. Petr.* III 104 — 106 (244/3 v. Chr.) kennen: wurde ein Königslehen (*κλήροσ*) von der Hausgutverwaltung (*τὸ βασιλικόν*) zurückgenommen, so mußte der Hüter, wenn sich in seinem Verwahrsam ein dieses Lehen betreffender Pachtvertrag befand, ebendiesen Pachtvertrag an die Hausgutverwaltung einreichen, und zwar nicht etwa auf Erfordern der Regierung, sondern aus eigener

1) Die unzulängliche orientalische Bauweise trug dazu bei, auch dem Korn-Girowesen und dem Geld-Girowesen die ausgedehnteste Verbreitung zu geben.

2) Vgl. Rubensohn, *P. Eleph.* S. 26.

3) *P. Petr.* III 24 = *Archiv* III S. 515 (3. Jahrh. v. Chr.). *P. Magdol.* 14, 7 (221 v. Chr.).

4) Paul M. Meyer, *Klio* VI S. 452 ff.

5) In diesem Sinne sprach ich (*Girowesen* S. 420) von einem „Geschäftskreise“ des Hüters. Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 750, lehnt den Ausdruck ab.

Entschließung, auf Grund seiner eigenen Feststellungen. Man kann daher die Tätigkeit des Hüters geradezu als eine halbamtliche bezeichnen.

Wir sehen, daß die geschäftliche Tätigkeit des Hüters in dreifacher Hinsicht zur Geltung kommt: Vorsorge gegen Verlust oder Beschädigung der bei ihm verwahrten Urkunde, Vorsorge gegen Beeinträchtigung der in der Urkunde verbrieften Rechte des Partners, Vorsorge gegen Schädigung des Königs und des Staates. Auf diese drei Punkte werden wir bei Besprechung der Verwahrtätigkeit des römischen Besitzamtes zurückzukommen haben (siehe unten S. 446).

3. Sonstige Verwahranstalten der ptolemäischen Zeit.

Neben dem Hüter scheinen in ptolemäischer Zeit noch die Tempelarchive zur Verwahrung von Privaturkunden benutzt worden zu sein. Die dürftigen Nachrichten, welche zu dieser Vermutung berechtigen, habe ich im *Girowesen* S. 280f. zusammengestellt. Es mag sein, daß von Hause aus die national-ägyptischen Tempel demotische Verträge entgegennahmen und daß mit der Ausbreitung des Griechentums auch die griechischen Tempel den griechischen Verträgen sich öffneten, beide Male unter der Voraussetzung, daß der Tempel in baulicher und verwaltungstechnischer Hinsicht das Hüten von Privaturkunden in Verbindung mit der Verwaltung des amtlichen Tempelarchivs gestattete. In solchem Falle war das Hüten der Privaturkunden ein Nebengeschäft, welches dem Tempel Einnahmen zuführte, wie viele andere Nebengeschäfte auch. Der Umstand, daß zur römischen Zeit der Hadrianstempel und der Nanatempel in Alexandria zur Verwahrung von Privaturkunden mitverwendet wurden, scheint mit jenem Tempelnebenbetriebe der früheren Zeiten in Zusammenhang zu stehen. Jedenfalls steht ein solcher Nebenbetrieb in Übereinstimmung mit den Geflogenheiten außerhalb Ägyptens. Wir wissen, daß in hellenischen Ländern die Tempel sich vielfach mit dem Verwahren von Privaturkunden befaßten¹⁾, gleichwie sie auch Verwahrgut anderer Art übernahmen.

Zur Verwahrung von Privaturkunden dienten außerhalb Ägyptens auch vielfach die Staatsarchive²⁾ der Stadtstaaten, die man als *χοροφυλάκεια, γραμματοφυλάκεια, φυλακαὶ τῶν γραμμάτων* u. s. w. bezeichnete; diese Archive nahmen nicht nur private Kauf- und Schuldverträge auf, sondern auch Privaturkunden anderer Art, z. B. Urkunden über Bußen für Verletzung einer Grabstätte³⁾. Im ptolemäischen Ägypten

1) Liebenam, *Städteverw. im röm. Kaiserreiche* S. 290 Anm. 1. Freundt, *Wertpapiere* I S. 27 Anm. 2.

2) B. Keil, *Anonymus* S. 191f. Liebenam, a. a. O. S. 290. Mitteis, *Reichsrecht* S. 173.

3) Liebenam, a. a. O. S. 39f. Mitteis, *Reichsrecht* S. 95. Heberdey und Kalinka, Nr. 16 u. 59.

haben wir keinerlei Zeugnisse dafür, daß die Staatsarchive zur Verwahrung von Privaturkunden nutzbar gemacht worden wären. Nach Lage der Dinge müssen wir auch vermuten, daß es ptolemäische Gau-Staatsarchive, also Staatsarchive, die zur Aufnahme der Staatsurkunden sämtlicher Gaubehörden dienten, wie in römischer Zeit, noch gar nicht gegeben habe. Jede Behörde (στρατηγός, βασιλικὸς γραμματεὺς u. s. w.) hatte damals ihr eigenes Archiv, das aber nur für die Urkunden ebendieser Einzelbehörde bestimmt war und daher mehr den Namen einer Registratur, denn eines Archives verdient. Die Registratur einer Einzelbehörde kann für die Verwahrung von Privaturkunden nicht gut in Frage kommen, schon aus dem Grunde nicht, weil sie in ihrer Organisation nicht diejenige Sicherheit bietet, die für die verantwortungsvolle Verwahrung wertvoller fremder Urkunden nötig ist.

4. Die römische Umwandlung des Hüterwesens.

Unter Augustus treffen wir den letzten Hüter an¹⁾; danach verschwindet er, um nicht wieder aufzutauchen. Diese Erscheinung läßt sich nur durch die Annahme erklären, daß die Römer nach der Besetzung des Landes eine gründliche Umgestaltung des ägyptischen Hüterwesens vorgenommen haben.

Die Urkunden lehren, daß die Römer alsbald nach der Besitzergreifung die Zügel auf politischem Gebiete straffer anzogen, dagegen auf wirtschaftlichem Gebiete lockerer handhabten, als dies unter den Ptolemäern geschehen war. Dem Epistrategen und den Strategen der Gaue wurde die militärische Gewalt genommen²⁾, ihre Obliegenheiten beschränkten sich fortan auf den Zivildienst; alle politische und militärische Gewalt ruhte nunmehr in der Hand des kaiserlichen Statthalters. Dagegen wurde der bisher monopolisierte Bankverkehr freigegeben, es wurde den sofort sich bildenden Privatbanken sogar gestattet, Notariatsgeschäfte mit öffentlich-rechtlicher Wirkung gleich den Agoranomen zu treiben³⁾. Überall, in Stadt und Dorf, sehen wir plötzlich Banken auftauchen⁴⁾. Eine Steigerung von Handel und Wandel, zumal bei der nunmehrigen engen Anlehnung an das römische Weltreich, war die Folge. Im Zusammenhange damit mag der ptolemäische Hüter nicht mehr als zeitgemäß angesehen worden sein. Man wird erkannt haben, daß der Hüter, der trotz seiner halbamtlichen Eigenschaft ein Privatmann war, als solcher gewisse Unbequemlichkeiten für den Staatsverwaltungsdienst und für das

1) *P. Teb.* II 386, 24 (15 v. Chr.); der hier genannte Hüter Ptolemaios ist offenbar derselbe, der in *P. Teb.* II 382, 15 (Zeit des Augustus) genannt wird. Zu beiden Urkunden vgl. Wilcken, *Archiv* V S. 240f.

2) Martin, *Les épistratèges* S. 83ff.

3) Preisigke, *Griowesen* S. 31ff. und 278ff. — 4) *Griowesen* S. 37ff.

Publikum mit sich brachte, die sich beseitigen ließen, wenn der Staat die Verwahrung der Privaturkunden übernahm. Für solche staatliche Hüterschaft hatte man in hellenischen Städten außerhalb Ägyptens seit langer Zeit die besten Erfahrungen gesammelt.

Der Gedanke, daß etwa eine Verringerung des öffentlichen Bedürfnisses das Absterben des Hüters zur Zeit des Augustus herbeigeführt oder beeinflußt haben könnte, ist jedenfalls abzuweisen. Wenn man berücksichtigt, daß in allen hellenischen Ländern das Hüterwesen einem seit Jahrhunderten tief eingewurzelten Volksbedürfnisse entsprach, so muß man vielmehr vermuten, daß jene Freigabe der Notariatsgeschäfte an die Privatbanken nicht nur eine allgemeine Vermehrung der notariellen Urkunden, sondern auch eine Steigerung der Dienstgeschäfte bei den Hüteranstalten zur Folge gehabt habe.

Welches ist nun diejenige römische Staatsbehörde, welche die Erbschaft des ptolemäischen Hüters angetreten hat? Da mehrere Gelehrte, wie neuestens noch Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 741, den Agoranomen als den Urkundenhüter der römischen Zeit ansehen, so möge zunächst im nachfolgenden Abschnitte gezeigt werden, daß diese Auffassung nicht zutreffend ist.

Vorausgeschickt sei, daß, wenn es sich beim Hüterwesen um Urkundenverwahrung handelt, stets diejenigen Urkundenexemplare gemeint sind, die der Notar an den privaten Vertragspartner ausgehändigt hat, und die ebendieser Vertragspartner darauf freiwillig der Hüteranstalt übergibt, damit diese Hüteranstalt an seiner Statt die Urkunde verwahrt unter Beobachtung der den Hüteranstalten allgemein zufallenden Verpflichtungen (siehe oben S. 408). Kontraktsregister¹⁾ und ähnliche Übersichten und Nachweisungen sind Dienstpapiere, die selbstverständlich vorhanden sind, aber für die Frage der Hüterschaft oder des Verwahrdienstes ganz ausscheiden.

5. Das Staatsnotariat ist nicht zugleich Hüteranstalt.

Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 741, verweist zum Beweise dessen, daß der Notar für den Aufbewahrungsdienst nicht ganz ausgeschaltet war, auf die Tätigkeit der *μνημορες* oder des *μνημορείον* „als einer Einrichtung, welche dem Namen nach rechtsgeschäftliche Willenserklärungen zu ewigem Gedächtnis festhält“. Der Ausdruck *μνημωρ* oder *μνημορείον* ist in Ägypten durch eine Reihe von Urkunden bis zum Ausgange²⁾ der römischen Herrschaft bezeugt. Die Entstehung der *μνημορες* (Merker)

1) Partsch. *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 741. Siehe auch unten S. 459.

2) Das späteste Zeugnis ist *P. Ihead.* 1, 6 (279 n. Chr.), wo ein *μνημορείον* im Faijum erwähnt wird.

liegt bekanntlich in einer Zeit, da Zeugenschaft aus dem Gedächtnisse geübt wurde. Als später der Gedächtniszeuge durch die Schrifturkunde ersetzt worden war, mag der Titel *μνήμων* in griechischen Ländern wohl öfter auf die Vorsteher der Archive¹⁾ übergegangen sein; aber daneben, und zwar außerhalb des Archivs, steht als besondere Behörde der Agoranom. In Ägypten war die Entwicklung eine andere: hier sehen wir, daß der Merker nicht mit dem Archive (*βιβλιοθήκη*) sich verschmolzen hat, sondern mit dem Agoranomen²⁾; hier also wirken die *μνήμονες* als Staatsnotare, und wir sehen sie, gleich den Agoranomen, notarielle Rechtsurkunden aufsetzen³⁾.

Dafür, daß das römische Staatsnotariat nicht zugleich das Archiv ist, sprechen noch andere Beobachtungen. Hätte die römische Regierung bei Neuordnung des Hüterwesens die den *συγγραφοφύλακες* bisher obgelegenen Hütergeschäfte auf die Notare abschieben wollen, so hätte sie vor der Frage gestanden, ob sie das Hüterwesen gauweise zentralisieren oder — wie bisher — dezentralisiert lassen wollte, denn die ptolemäischen Hüter saßen nicht bloß in den Gauhauptstädten, sondern auch in den Dörfern⁴⁾. Von römischen Dorfarchiven hören wir aber nichts, obgleich römische Notariats-Zweigstellen in Dörfern bezeugt sind⁵⁾. Überdies hätten, wenn das Hüterwesen auf die Notariate übergegangen wäre, doch wohl auch die von den Römern neu geschaffenen Girobanknotariate⁶⁾ zugleich Hüteranstalten werden müssen, da die Girobanknotariate den für das Staatsnotariatswesen geltenden Pflichten und Rechten grundsätzlich ebenfalls unterworfen waren⁷⁾. Auch davon hören wir nichts. Im Gegenteil, wir wissen, daß die banknotariellen Urkunden nicht beim Banknotariate verwahrt wurden, sondern anderwärts. Das bezeugt z. B. *P. Flor.* I 46 (um 189 n. Chr.). Dieser Papyrus ist die *ὑπογραφή* zu einem banknotariellen Darlehnsvertrage. Im Kopfe der Urkunde steht die Überschrift: *ἐκλημψις ἐκ τῆς ἐν τῷ πρωταλείῳ χωρικῆς βιβλιοθήκης*. Danach haben wir einen Auszug vor uns, entnommen aus der *χωρικῇ βιβλιοθήκῃ* (in Hermupolis). Mit dieser *χωρικῇ βιβλιοθήκῃ* kann unmöglich ein Banknotariat gemeint sein, folglich wurde dieser banknotarielle Vertrag nicht im Banknotariate verwahrt⁸⁾.

1) Mitteis, *Reichsrecht* S. 172. Aristoteles *Polit.* VI, 8.

2) Vgl. *BGU* 177, 6 (um 46 n. Chr.): *τῶι ἀγορανόμῳ ὅντι δὲ καὶ μνήμονι. P. Oxy.* III 483, 19 (108 n. Chr.): *τοῖς τῆς μητροπόλεως ἀγορανόμοις οὖσι δὲ καὶ μνήμοσι.*

3) *BGU* 1132, 7 (16 v. Chr.): *κατὰ μνημονικὴν συγγραφὴν.* Ebenso *BGU* 1144, 5 (13 v. Chr.).

4) Z. B. in Kerkeosiris (*P. Teb.* I 104 u. 105); in Phebichis (*P. Hib.* I 96) usw.

5) *Girowesen* S. 275. — 6) *Girowesen* S. 31 f. — 7) *Girowesen* S. 278 ff.

8) Vgl. dazu *Girowesen* S. 291 Am. 4.

Nun könnte man vermuten, daß die römische Regierung wohl eine Zentralisation des Hüterwesens durchgeführt habe, jedoch in der Weise, daß unter Ausscheidung aller Banknotariate und Dorfnotariate lediglich das *ἀγορανομείον* in der Gauhauptstadt zugleich das Archiv für Privaturkunden bildete. Solche Vermutung ist aber ebenfalls abzulehnen, und zwar unter Hinweis auf die in unselbständigen Girobankverträgen¹⁾ aus Hermupolis öfter vorkommende Wendung: *ἀπολούθως τῇ ἀρενεχθησομένῃ δι' ἀγορανομίου δανείου ὑποθήκη*²⁾. Unter *ἀναφέρειν* ist das dienstmäßige Vermelden³⁾ eines Notariatsvertrages an das Archiv für Privaturkunden zu verstehen; dieses Vermelden geschieht durch das Notariat mittelst der Vertragsmelderolle⁴⁾. Die Bank, welche jenen Vertrag aufsetzt, will durch die Futurform ausdrücken, daß die Agoranomie das *ἀναφέρειν* vornehmen wird oder vornehmen soll. Wäre die Agoranomie zugleich die Zentral-Hüteranstalt des Gaues, so wäre es ganz selbstverständlich, daß jedweder Notariatsvertrag in diese Hüteranstalt wandert; da hätte die Bank nicht nötig, hervorzuheben, daß die Agoranomie das *ἀναφέρειν* vorzunehmen hat. Jene Wendung wird aber sofort klar, wenn man das Archiv für Privaturkunden von den Notariaten trennt; alsdann hat eben jedes Notariat die bei ihm abgeschlossenen Verträge an das Archiv zu vermelden: bei den selbständigen Girobankverträgen tut es die Bank; die unselbständigen dagegen bilden nur einen Anhang zum Staatsnotariatsvertrage, und darum fällt hier dem Staatsnotariate, d. i. der Agoranomie, die Vermeldung an das Archiv (Besitzamt) zu⁵⁾.

Zu dem Ergebnisse, daß die Notariate nicht zugleich Archive sind, gelangen wir auch bei Betrachtung des Geschäftsganges, welcher für die Behandlung der nachträglich in Notariatsurkunden umgewandelten Handscheine vorgeschrieben war⁶⁾; diese Umwandlung geschah im *καταλογεῖον*-Büro des *ἀρχιδικαστῆς* zu Alexandria. Jeder Handschein, der hier die notarielle Kraft erlangt hatte, wurde durch das genannte Büro im Original an das *Ἀδριανεῖον*-Archiv, in rechtsgültiger Abschrift an das *Ναυαῖον*-Archiv zu Alexandria verwiesen⁷⁾. Nun ist das *καταλογεῖον*-Büro des *ἀρχιδικαστῆς* in Ansehung der Privatverträge nichts anderes als ein Notariat. Es geht das namentlich daraus hervor, daß in diesem Büro die sogenannten *συγχώρησις*-Verträge⁸⁾ notariell aufgesetzt wurden, die, wie jeder andere notarielle Vertrag, über Gegenstände jeder Art handeln konnten. Da der *ἀρχιδικαστῆς* eine Gerichtsbehörde⁹⁾ ist, so kann man sein *καταλογεῖον* in Hinsicht jener Tätigkeit als ein Gerichtsnotariat bezeichnen. Offenbar haben dem *ἀρχιδικαστῆς* zahlreiche

1) *Girowesen* S. 318 ff. — 2) *Z. B. P. Flor.* I 1, 23. — 3) *Girowesen* S. 416; 424.

4) Siehe unten S. 457. — 5) *Girowesen* S. 416. — 6) *Girowesen* S. 294 ff.

7) *P. Strassb.* I S. 109. — 8) Schubart, *Archiv* V S. 61 ff.

9) Schubart, *Archiv* V S. 57 ff.

Beamte und umfangreiche Diensträume zur Verfügung gestanden, auch muß er für die verschiedenen Zweige¹⁾ seiner Diensttätigkeit ausgedehnte Registraturen oder Dienstarchive in seinem Dienstgebäude gehabt haben. Da ist es klar, daß, wenn die Staatsnotariate in der *χώρα* zugleich Archive für Privatverträge gewesen wären, das alexandrinische Gerichtsnotariat ebenfalls ein solches Archiv in seinen eigenen Diensträumen gehabt hätte. Diese Einrichtung wäre für die Beamten bequemer gewesen, als die Überweisung der Verträge an zwei räumlich getrennt belegene Archivgebäude. Umgekehrt dürfen wir den Schluß ziehen: weil das alexandrinische Gerichtsnotariat nicht²⁾ zugleich Archiv für Privaturkunden war, so werden es auch die Staatsnotariate im Lande nicht gewesen sein.

Der Grundsatz, den wir auch sonst mehrfach im antiken Staatsverwaltungsdienste verspüren, daß zwei getrennte Dienststellen oder Beamte mit derselben Sache Befassung haben müssen, damit einer den anderen überwache, scheint auch hinsichtlich des privaten Urkundenwesens seitens der römischen Regierung in Ägypten nach Aufhebung des privaten Hüterwesens durchgeführt worden zu sein; darum hängt jetzt das private Urkundenwesen an zwei Stützen: hier das Notariat und dort die Hüteranstalt (das Besitzamt).

Da wir ein Archiv für Privaturkunden beim Agoranomen nicht haben finden können, lenken sich unsere Blicke von selber auf das Staatsarchiv (*δημοσία βιβλιοθήκη* oder *βιβλιοθήκη δημοσίων λόγων*). Wie ich schon oben (S. 409) erwähnte, müssen wir vermuten, daß das Gau-Staatsarchiv als Sammelpunkt aller wichtigeren Staatsurkunden³⁾ der verschiedenen Gaubehörden eine Neuschöpfung der Römer ist. Es liegt nahe, weiter zu vermuten, daß die Umwandlung des Hüterwesens mit dieser Neuschöpfung zeitlich zusammenfällt.

6. Das Staatsarchiv ist Geschäftsnachfolger des Hüters.

Man versetze sich in die frührömische Zeit und frage sich, wie wohl ein damaliger Verwaltungsbeamter, der um ein Gutachten über die geplante Neuordnung des Hüterwesens angegangen wird, sich geäußert hätte. Er hätte vermutlich etwa so gesprochen: „die Hüterschaft des *συγγραφοφύλαξ* ist eine veraltete Einrichtung; die Zunahme des privaten Urkundenwesens, zum Teil stark gefördert durch die Errichtung der

1) *Girouesen* S. 296.

2) *P. Hamb.* I 1, 14: ἀπολούθ(ως) τῇ(ι) ἀνετη(νεγμένη) διὰ τοῦ πρι(ηρίου) λβ[σει]; dazu Paul M. Meyer a. a. O. Das ἀναφέρει ist das Einsenden der Urkunde seitens des Gerichtsnotariates, hier *πριήριον* genannt, an die beiden Archive (siehe oben S. 412).

3) *Girouesen* S. 283 f.

Girobanknotariate¹⁾, ferner das Interesse des Staates, namentlich des Steuerfiskus²⁾, heischen die Ersetzung des privaten Hüters durch einen staatlichen Hüter. Gleichzeitig muß das bisher dezentralisierte Hüterwesen für den Bereich jedes Gaues in der Gauhauptstadt zentralisiert werden. Zur Unterbringung der zentralisierten Urkundenbestände bedarf man geeigneter Räumlichkeiten. Die Diensträume der *ἀγορανόμοι* eignen sich für diesen Zweck nicht; da die *ἀγορανόμοι* vielerorts ihre Notariatsgeschäfte auf der Straße³⁾ unter freiem Himmel erledigen, und zwar auch im Winter, der in Mittel- und Oberägypten ein solches Verfahren gestattet, so sind ihre Diensträume (*ἀγορανομεῖα*) nicht umfangreich genug und auch baulich ungeeignet. Die zur Verwahrung der Privaturkunden dienenden Räume müssen eine übersichtliche Lagerung der zahlreichen Rollen auf Gestellen gestatten; auch müssen die Räume feuer- und diebessicher sein. Allen diesen Anforderungen entspricht nur ein einziges Gebäude, das ist das Staatsarchiv (*δημοσία βιβλιοθήκη*), welches sich neuerdings in jeder Gauhauptstadt vorfindet. Dort ist in den meisten Fällen der benötigte Raum noch verfügbar oder frei zu machen; dort können die Privaturkunden in derselben Weise gelagert werden, wie die Staatsurkunden; dort verfügen die Beamten über die für den Verwahrungsdienst nötigen Erfahrungen; dort ist auch der größtmögliche Schutz vorhanden gegen Diebstahl und Feuersgefahr; dort können die Privaturkunden, in einer besonderen Abteilung für sich, von den Archivdirektoren (*βιβλιοφύλακες*) nebenher mitverwaltet werden. Wo allerdings die Räume zu eng werden, muß man neue Gebäude bauen, die aber denselben Bedingungen zu entsprechen haben. Wenn man auf diese Weise die Privaturkunden in die Staatsarchive einziehen läßt, so tut man nichts anderes, als was viele außerägyptische Stadtgemeinden in Kleinasien und anderwärts ebenfalls schon längst getan haben“. — So würde das Gutachten nach allem, was wir über das damalige Ägypten wissen, etwa ausfallen.

In der Tat lehren die Papyri, daß in früh-römischer Zeit die Staatsarchive für die Beherbergung der Privaturkunden nutzbar gemacht worden sind. Aber das private Urkundenwesen nahm bald einen derartigen Aufschwung, daß die Staatsarchive vielerorts hierfür nicht mehr ausreichten; darum nahm man — hier früher, dort später — eine Abzweigung vor, stellte das Archiv für Privaturkunden auf eigene Füße und bezeichnete dasselbe als *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*.

1) Der früheste Girobankvertrag ist für 85/6 n. Chr. bezeugt (*P. Flor.* I 86, 15f.).

2) Vgl. *Girwesen* S. 435.

3) Wilcken, *Zeitschr. der Sav. Stift.* 1909 S. 505 Anm. 3.

Zur Verdeutlichung dieses Entwicklungsganges¹⁾ möge die nachfolgende Übersicht dienen, womit die größere Liste bei Eger, *Grundbuchwesen* S. 4 ff., zu vergleichen ist.

Nr.	Zeit	Beleg	Firma	Gegenstand
A. Arsinoe.				
1	59/60	BGU 112	βιβλιοφύλαξι [τῆς ἐ]ν Ἀρσιν- οει[τῶν πόλ(ει)] δημο- σίας βιβ[λιοθή]κης	ἀπογραφὴ über Privat- besitz auf Befehl des Statthalters
2	67	BGU 379	βιβλιοφύλαξι τῆς ἐν Ἀρσιν- οει[τῶν πόλ(ει)] δημο- σίας βιβ[λιοθή]κης ¹⁾	Antrag auf Veräuße- rungsbewilligung betr. Privatbesitz
3	nach 72	BGU 184	βιβ[λιοφύλαξι] ἐν κτήσεων Ἀρσινό[ι]τον	dsgl.
4	77/78	PR 105 bei Wessely, Karais S. 51	βιβλιοφύλακες ἐν κ(τήσεων) Ἀρσινό[ι]τον	προσαπογραφὴ über Pri- vatbesitz
5	81—96	BGU 536	βιβλ(ιοφύλαξιν) ἐν κ(τήσε- ων) Ἀρσινό[ι]τον	ἀπογραφὴ über Privat- besitz auf Befehl des Statthalters
B. Oxyrhynchos.				
6	80	P. Oxy. II 249	βιβλιοφ(ύλαξι) (ohne Zu- satz)	ἀπογραφὴ über Besitz auf Befehl des Statthal- ters
7	80	P. Oxy. II 248	β[ι]β[λ]ιοφύ[λαξι] (ohne Zu- satz)	dsgl.
8	90	P. Oxy. II 247	βιβλιοφ(ύλαξι) (ohne Zu- satz)	dsgl.
9	90	P. Oxy. I 72	βιβ(λι)οφύ(λαξι) (ohne Zu- satz)	dsgl.
10	97	P. Oxy. IV 713	βιβλιοφύ(λαξι) (ohne Zu- satz)	ἀπογραφὴ über Privat- besitz behufs Sper- rung
11	108	P. Oxy. III 483	βιβλιοφύ(λαξι) (ohne Zu- satz); vgl. Z. 32	Antrag auf Veräuße- rungsbewilligung betr. Privatbesitz
12	109 (?)	P. Oxy. III 636 = Stud. Pal. IV S. 114	βιβλ(ιοφύλαξι) (ohne Zu- satz)	προσαπογραφὴ über Pri- vatbesitz
13	122	P. Oxy. IV 714	βιβλ(ιοφύλαξι) (ohne Zu- satz)	ἐπίκρισις eines Knaben
14	um 129	P. Oxy. III 584	βιβλιοφύλακες (ohne Zu- satz)	ἀπογραφὴ von Privatbe- sitz auf Befehl des Statthalters
15	129	P. Oxy. I 75	βιβλ(ιοφύλαξι) (ohne Zu- satz)	dsgl., doch freiwillig

1) Vgl. dazu Preisigke, *P. Strassb.* I S. 125 f.; *Girouesen* S. 282 f.

Nr.	Zeit	Beleg	Firma	Gegenstand
16	132	<i>P. Oxy.</i> III 478	βιβλ(ιοφύλαξι) (ohne Zusatz)	ἐπίκρισις eines Knaben
17	134	<i>P. Oxy.</i> III 515	βιβλ(ιοφύλακες) δημο(σί-ων) λόγων	Bescheinigung über den Empfang einer Staatsurkunde
18	143	<i>P. Oxy.</i> III 506, 50	τοῦ τῶν ἐνκτῆσεων βιβλιοφυλακίου	Darlehensvertrag mit Verpfändung
19	185	<i>P. Oxy.</i> II 237 Kol. V, 10 u. 3.	τοῖς τῶν ἐνκτῆσεων βιβλιοφύλαξι	Auskunft über vermeldeten Privatbesitz
20	275	<i>BGU</i> 1073 = <i>Klio</i> VIII S. 423	βιβλιοφύλαξι ἐνκτῆσεων	ἀτέλεια-Anmeldung

Was zunächst Arsinoe betrifft, so ersehen wir aus Nr. 1 und 2 der Übersicht, daß bis zum Jahre 67 die ἀπογραφαί über Privatbesitz und die Anträge auf Veräußerungsbewilligung¹⁾ an die δημοσία βιβλιοθήκη (Staatsarchiv) gerichtet werden; es sind das dieselben Eingaben, die später regelmäßig an die βιβλιοθήκη ἐγκτῆσεων (Besitzamt) gelangen. Mithin hat das Staatsarchiv nachweisbar bis zum Jahre 67 die dem späteren Besitzamt zufallenden Geschäfte (Verwahrung von Privaturkunden) nebenher mitbesorgt. Um das Jahr 72 erscheint die βιβλιοθήκη ἐγκτῆσεων; es hat also in Arsinoe die Abtrennung des Privatarchives vom Staatsarchive und die Erhebung des Privatarchives (Besitzamtes) zu einer selbständigen Staatsbehörde mit besonderen Direktoren zwischen 67 und rund 72 stattgefunden. Die Firma des Staatsarchives lautet ἡ ἐν Ἀρσινουίδων πόλει δημοσία βιβλιοθήκη. Das Staatsarchiv in Arsinoe dient selbstverständlich für den Bereich des ganzen Gaues, und der Beisatz „ἐν Ἀρσινουίδων πόλει“, welcher herkömmlich war, konnte zu keinen Mißverständnissen führen. Als man aber in dem Besitzamte eine neue selbständige Behörde schuf, wollte man in ihrer Firma den Gedanken, daß das Hüterwesen, welches früher dezentralisiert war, jetzt im Besitzamte eine Gau-Zentralbehörde gefunden hatte, deutlich zum Ausdrucke bringen; darum nannte man das Besitzamt nicht ἡ ἐν Ἀρσινουίδων πόλει βιβλιοθήκη ἐγκτῆσεων, sondern ἡ βιβλιοθήκη ἐγκτῆσεων Ἀρσινουίδων.

Für Oxyrhynchos zeigen die Urkunden noch deutlicher, wie das Besitzamt aus dem Staatsarchive herausgewachsen ist. Nachweisbar bis zum Jahre 132 verwaltet das Staatsarchiv auch Privaturkunden, denn nicht nur die für das Staatsarchiv bestimmten rein staatsdienstlichen Eingaben (Nr. 13 und 16) werden an die βιβλιοφύλακες ohne weiteren Titelnzusatz gerichtet, sondern auch diejenigen Eingaben über Privat-

1) Siehe darüber *Griewesen* S. 301 ff. Mitteis, *Grundzüge* S. 97 ff.

besitz, welche späterhin regelmäßig an die βιβλιοφύλακες ἐγκτήσεων eingereicht werden. Seit 134 läßt sich die Trennung nachweisen; seitdem treffen wir die βιβλιοφύλακες δημοσίων λόγων (Nr. 17) als die Direktoren des Staatsarchives und die βιβλιοφύλακες ἐγκτήσεων (Nr. 18—20) als die Direktoren des Besitzamtes. Mithin hat die Trennung in Oxyrhynchos zwischen 132 und 134 n. Chr. stattgefunden¹⁾. Partsch, der diese Deutung nicht recht gelten lassen möchte²⁾, wirft die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, daß die offizielle Bezeichnung früher eben nur „βιβλιοφύλακες“ war, wobei man aber ganz gut verstand, daß diese βιβλιοφύλακες die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων verwalteten. Ich glaube an diese Möglichkeit nicht, weil — wie obige Liste zeigt — um das Jahr 133 offensichtlich eine Änderung der Titulatur eingetreten ist, weil auch das Beispiel Arsinoes deutlich eine Abtrennung des Besitzamtes vom Staatsarchive erkennen läßt, und weil ich mir nicht denken kann, daß man die Direktoren von zwei verschiedenen Behörden gleichmäßig titulierte hat.

Wenn im Erlasse³⁾ des Statthalters Mettius Rufus vom Jahre 89 n. Chr. eine βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων für Oxyrhynchos erwähnt wird, so ist dieser Wortlaut, wie ich schon früher ausgeführt habe⁴⁾, für unsere Frage nicht beweiskräftig, weil dieser Erlaß hundert Jahre später (186 n. Chr.) bei einem Rechtsstreite als Beweisstück zitiert wird; im Jahre 186 bestand schon die βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων.

Während man in Oxyrhynchos nach Einführung der Privaturkunden in das Staatsarchiv bis zur Trennung den einfachen Titel βιβλιοφύλακες für die Direktoren beibehielt, wählte man in Antinoupolis — wahrscheinlich gleich bei der Gründung der Stadt, 130 n. Chr. — eine vollere Titulatur. In *P. Strassb.* I 34, 1 f. (180—192 n. Chr.) heißt es: *Βησαρίωνι καὶ Ἀναξαγόρῃ Ἐρμίου βουλευταῖς [βιβλ]ιοφύλαξι ἐγκτήσεων καὶ δημοσίων λόγων Ἀντινόου πόλ(εως)*. Am Fuße der Urkunde, woselbst die βιβλιοφύλακες eine Empfangsbescheinigung erteilen (Z. 23 f.), finden wir dieselbe volle Titulatur. Ob nun das Besitzamt in Antinoupolis als getrennte Abteilung im Gebäude des Staatsarchives oder als besonderes Gebäude den nämlichen Direktoren verwaltungsdienstlich unterstellt war, muß unentschieden bleiben; jedenfalls aber sehen wir, daß die römische Regierung nach Gründung der Stadt und auch in der nächsten Folgezeit den Umfang des Betriebsdienstes im Besitzamt daselbst nicht hoch genug veranschlagte, um dort, wie in anderen Gauen mit regem Verkehre, für das Besitzamt besondere Direktoren einzusetzen.

1) Mein Ansatz des Jahres 131 für die Umänderung (*P. Strassb.* I S. 126 Anm. 1) beruht auf Irrtum, wie schon Lewald, *Grundbuchwesen* S. 13 Anm. 4, hervorgehoben hat. Der Irrtum ist leider auch auf S. 283 Anm. 1 des *Girowesens* übernommen worden.

2) *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 747.

3) *P. Oxy.* II 237 Kol. VIII, 28 ff. — 4) *Girowesen* S. 283 Anm. 1.

In Herakleopolis finden wir erstmalig 131 n. Chr. eine selbständige *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*¹⁾. Für Hermupolis ist 153 n. Chr. die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*²⁾ bezeugt. Mithin waren Staatsarchiv und Besitzamt in Herakleopolis und Hermupolis verwaltungsdienstlich getrennte Ämter zu einer Zeit, wo Antinoupolis diese vollständige Trennung nicht besaß.

Wir fassen das Ergebnis zusammen: in der ersten Zeit der römischen Herrschaft werden in verschiedenen Gauen diejenigen Privaturkunden, welche später an das Besitzamt (*βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*) eingereicht werden, an das Staatsarchiv eingereicht; folglich muß das Staatsarchiv zunächst die Geschäfte des späteren Besitzamtes mitbesorgt haben. Da nun der Hüter zu Beginn der römischen Zeit, wo das Staatsarchiv diesen neuen Dienstzweig übernimmt, abstirbt, und da keine andere Stelle, die den Hüter ersetzt hätte, bekannt ist, da insbesondere das Staatsnotariat als Geschäftsnachfolger des Hüters nicht in Betracht kommen kann, so bleibt nur der Schluß übrig, daß das Staatsarchiv die Erbschaft des Hüters angetreten hat, die dann später nach Bedarf an ein selbständiges Besitzamt weitergegeben wurde.

7. Das Besitzamt verwahrt Notariatsurkunden jeder Art.

Die Privaturkunden zerfallen in zwei große Gruppen: notarielle und nichtnotarielle Urkunden. Die notariellen Urkunden werden vor den Staatsnotariaten³⁾ (*ἀγορανομεῖα, μνημονεῖα*) oder deren Zweigstellen (*γραφεῖα*) und vor den Girobanknotariaten⁴⁾ (*τράπεζαι*) errichtet; die nichtnotariellen Urkunden heißen Handscheine (*χειρόγραφα*). Den Handscheinen ist, weil sie vor keinem öffentlichen Notariate errichtet sind, das Besitzamt verschlossen⁵⁾.

Wenn wir davon ausgehen, daß das Besitzamt der Geschäftsnachfolger des ptolemäischen Hüters ist, so folgt schon daraus, daß das Besitzamt notarielle Privaturkunden jeder Art zur Verwahrung übernahm, mithin in Hinsicht des Inhaltes ebensowenig wie der ptolemäische Hüter und die außerägyptischen Archive eine Beschränkung eintreten ließ.

In BGU 1073 (275 n. Chr.) wird die einem Künstler verliehene Urkunde über seine Aufnahme in die *ἐν τῇ σύνοδῳ*, womit nach kaiserlichen Anordnungen Steuerfreiheit (*ἀτέλεια*) verbunden war, durch Vermittelung der *βουλὴ* an das Besitzamt eingereicht. Dieses Beispiel, das ich im *Girowesen* (S. 286) als Beleg für die Zulassung von Nicht-

1) *P. Oxy.* IV 715. — 2) *P. Flor.* I, 1, 11.

3) *Girowesen* S. 273 ff. — 4) *Girowesen* S. 278 ff.

5) *Girowesen* S. 288 ff. Ausgenommen die Fälle der *Not-παράθεσις* (*Girowesen* S. 474 ff.). In *P. Giss.* 8 z. B. liegt *Not-παράθεσις* vor. Vgl. dazu Mitteis, *Grundzüge* S. 98, der die Frage, wie Handscheine in das Besitzamt gelangen können, offen läßt.

Immobiliarurkunden beim Besitzamte herangezogen habe, weist Partsch¹⁾ zurück mit den Worten: „daß hier ein selbständiges Vermögensrecht (nur an ein solches könnte ja gedacht werden) vorliegt, das begrifflich und in der Behandlung bei dem Besitzamte dem Eigentume und der Hypothek gleichgestellt wäre, ist eine gewagte durch nichts begründete Annahme“. Ich glaube, daß die ἀτέλεια ein sehr wertvolles Besitzrecht begründet, denn der Inhaber hat eine jährliche Mehreinnahme in Höhe derjenigen jährlichen Steuersumme, die er zu zahlen hätte, wenn seine Steuerfreiheit nicht bestände, und es ist schließlich gleich, ob eine Mehreinnahme aus der ἀτέλεια oder aus einem neuerworbenen Grundstücke fließt. Daher ist die Urkunde über eine ἀτέλεια vermögensrechtlich ebenso wertvoll, wie eine Hauskaufurkunde oder sonstige Besitzurkunde, und ich sehe nicht ein, welche Bedenken wir gegen die Hinterlegung solcher Urkunde beim Besitzamte haben sollen, wenn wir sehen, daß auch Urkunden über Sklavenbesitz²⁾ dort hinterlegt wurden. Wenn die ἀτέλεια-Urkunde nicht durch den Künstler unmittelbar, sondern durch Vermittelung der βουλὴ an das Besitzamt eingereicht wird, so hängt das wohl damit zusammen, daß es sich um eine Steuersache handelt, und daß zu dieser Zeit die βουλὴ in steuertechnischen Angelegenheiten mitwirkt³⁾.

Mitteis, *Chrestom.* Nr. 198, sieht in dem Künstler einen Grundbesitzer, dessen persönliche Steuerfreiheit im Grundbuche bei seinem Grundstücke vermerkt wird. Der Papyrus enthält darüber, daß der Künstler ein Grundbesitzer sei, nichts; ich glaube auch nicht, daß die Urkunde irgendwie mit Grundbesitzrechten zusammenhängt.

Es sei hierbei auf *P. Lond.* III S. 165 Nr. 1164i hingewiesen, wo zwei σιτησεις notariell verkauft werden. Das σιτησεις-Recht begründet ebenfalls für den Inhaber ein Besitzrecht in Form einer jährlichen Einnahme, die derjenigen Geldsumme gleichzusetzen ist, welche der Inhaber jährlich aufzuwenden hätte, wenn er das σιτησεις-Recht nicht besäße. Aus diesem Grunde ist die σιτησεις auch verkäuflich. Ich zweifle nicht daran, daß derjenige, welchem die σιτησεις verliehen wurde, seine Verleihungsurkunde ebenso, wie jener Künstler, beim Besitzamte verwahren lassen konnte, und daß der Käufer des σιτησεις-Rechtes auch diese Kaufurkunde ebendort in Verwahrung geben konnte, wie das mit anderen Kaufurkunden ebenfalls geschah.

Da die Hinterlegung im Besitzamte sehr wahrscheinlich mit erstmaligen und sodann mit jährlichen Kosten verbunden war, und da nur öffentliche Urkunden, die zumeist auch noch beim Notar Kosten verursachten, aufgenommen wurden, so leuchtet es ein, daß wir im Besitzamte geringeren

1) *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 744. — 2) *Griewesen* S. 286.

3) Daher heißt es in dem Schreiben der βουλὴ an das Besitzamt (Z. 13): ταῦτα αὐτῷ ἐβεβαιώσαμεν.

Besitz nicht vorfinden. Der Grundbesitz spielt die Hauptrolle. Vom Mobilienbesitze steht der Sklavenbesitz wohl obenan, der sich im Besitzamte nachweisen läßt¹⁾. Daß auch Heiratsverträge dort hinterlegt wurden, ist anzunehmen²⁾. Daß eine Beschränkung in der Art der zu hinterlegenden Urkunden grundsätzlich nicht bestand, ersehen wir aus den Vertragsmelderollen der Notariate (siehe unten S. 457).

Zu den Urkunden, die im Besitzamte hinterlegt werden können, gehören auch solche über pfandgesicherte Forderungen (Pfand, Hypothek), doch nur dann, wenn der Besitz, auf den die Forderung sich erstreckt, vorher im Besitzamte hinterlegt worden ist³⁾. Das Forderungsrecht hängt alsdann solange am verschuldeten Besitze, bis der Gläubiger selber seine Forderungsurkunde wieder zurückzieht; bis dahin kann der Schuldner über seinen Besitz nicht verfügen. Für das Besitzamt gilt also verwaltungsdienstlich nicht eigentlich der Grundsatz, daß nur schuldenfreier Besitz veräußerbar sei, als vielmehr der Grundsatz, daß ein belasteter Besitz im Besitzamte nicht umbuchbar sei, solange der Gläubiger sein Anrecht nicht formgerecht zurückgezogen hat. Aus diesem Grunde kann der Käufer eines im Besitzamte noch nicht bereinigten Besitzes nur die vorläufige *παράθεσις* seiner Kaufurkunde beantragen⁴⁾; aber er fügt in solchen Fällen hinzu: *όπόταν (nach Bereinigung) τήν ἀπογραφήν ποιῶμαι, ἀποδείξω ὡς καθήκει*. Durch diese nachfolgende *ἀπογραφή* wird die endgültige *παράθεσις* angebahnt.

Die Verwahrung und Verbuchung von Pfand-Forderungsrechten am verbuchten Besitze geschah in der zeitlichen Reihenfolge der Vermeldungen. Staatliche und städtische Forderungen hatten den Vorrang⁵⁾.

8. Das Besitzamt verwahrt auch Testamente.

Wie oben (S. 410 ff.) erörtert wurde, sprechen verschiedene Umstände dagegen, daß das Staatsnotariat gleichzeitig als Verwahranstalt (Archiv) für Privaturkunden gedient habe; schon aus diesem Grunde ist zu vermuten, daß auch Testamente dort nicht verwahrt worden seien. Da wir im Weiteren sahen, daß das Besitzamt der Geschäftsnachfolger des ptolemäischen Hüters ist, und da wir wissen, daß der ptolemäische Hüter Testamente bei sich verwahrte⁶⁾, so ist es naheliegend, anzunehmen, daß auch die Testamentsverwahrung auf das Besitzamt übergegangen sei. Ferner ist zu berücksichtigen, daß das Besitzamt, wie ich im Abschn. 7 zu zeigen versuchte, Urkunden jeder Art verwahrte; es wäre eigenartig, wenn gerade die wichtigen Testamente ausgeschlossen worden seien. Dazu

1) Siehe oben S. 419 Anm. 2.

2) *Girowesen* S. 291 f. — 3) *Girowesen* S. 463 ff.

4) *P. Hamb.* I 15 u. 16. Dazu Paul M. Meyer, a. a. O. S. 62.

5) Preisigke, *P. Strassb.* I 34 Einl. S. 126. — 6) *P. Eleph.* 2.

kommt, daß die Diensträume des ἀγορανόμος, wie oben gezeigt wurde (S. 414), in baulicher Hinsicht für die Testamente nicht entfernt diejenige Sicherheit boten, die das als Archiv gebaute Besitzamt gewährte. Aus diesen Gründen bin ich im Buche über das *Griowesen* (S. 387; 388; 398 f.; 485 f.) bei Erklärung einer Reihe von Urkunden von dem Standpunkte ausgegangen, daß der Erblasser sein vor dem Notariate aufgesetztes Testament im Besitzamte verwahren ließ, falls er eine Verwahrung bei sich daheim nicht vorzog.

Mitteis (*Grundzüge* S. 29; 63²; 241) ist auf Grund einiger Urkunden aus Oxyrhynchos zu der Ansicht gelangt, daß die Verwahrung der Testamente beim Staatsnotare (ἀγορανόμος) vor sich ging. In der Tat zeigt *P. Oxy.* I 107 (123 n. Chr.), daß ein Erblasser auf sein Erfordern sein Testament vom Staatsnotariate zurückempfängt; er quittiert dem γραμματεὺς ἀγορανομείου den Empfang mit den Worten: ἀνέλαβον παρὰ σοῦ εἰς ἀκύρωσιν, ἣν ἐθέμην διὰ τοῦ αὐτοῦ ἀγορανομείου ἐπὶ σφραγίδων διαθήκην. In einer zweiten Urkunde, *P. Oxy.* I 106 (135 n. Chr.) meldet der ἐπηρέτης einer nicht genannten Behörde den Staatsnotaren folgendes: ἀπήγγειλα ὑμῖν τὸν τοῦ νομοῦ στρ(ατηγόν) Δημήτριον συντεταχέναι ἀναδοῦναι Πτολεμῶ —, ἣν ἔθετο δι' ὑμῶν τῷ θ (ἔτει) θεοῦ Τραιανοῦ Μεχίρ ἐπὶ σφραγίδων διαθήκην, τοῦτο ἀξιωμασίας αὐτῆς, ἣν καὶ δι' ἐμοῦ ἀνέλαβεν. Es ist wahrscheinlich, daß dieser ἐπηρέτης, wie der γραμματεὺς in *P. Oxy.* I 107, ein Beamter des Staatsnotariates ist¹⁾. Gleichwohl glaube ich nicht, daß diese Rückgabe durch das Staatsnotariat die Verwahrung beim Besitzamte ausschließt. Der Nachdruck liegt nämlich in beiden Urkunden auf den Worten „ἐπὶ σφραγίδων“; diese Worte sind hier nicht etwa zu ἐθέμην bzw. zu ἔθετο, sondern zu ἀνέλαβον bzw. zu ἀναδοῦναι zu ziehen, d. h. sie hängen nicht mit der Vertragsaufsetzung, sondern mit der Vertragsrückgabe zusammen. Bei der Rückgabe kommt es darauf an, daß der Erblasser vor dem Notariate, vor dem ja das Testament aufgesetzt und versiegelt worden war, von der Unversehrtheit der Siegel sich überzeugt und dem Notariatsbeamten sodann den Rückempfang mit unversehrten Siegeln bestätigt. Das tut auch Frau Ptolema in *P. Oxy.* I 106 mit den Worten: Πτολεμῶ — ἀνέλαβον τὴν προκειμένην μου διαθήκην ἐπὶ τῶν αὐτῶν σφραγίδων. Ob bei Rück-

1) In *P. Cairo Preis.* 32 (116 n. Chr.) möchte Mitteis (*Zschr. Sav.* 1911 S. 349) hinter ἀγορανόμοις ergänzen: Ὁξυρύγχων πόλεως, und in Z. 2 statt der Worte κτησίδημ die Lesung Κτησίδημ(ος) vorschlagen. Auf meine Bitte hat mir Jean Maspero in Kairo eine Abzeichnung der Zeile 2 übersandt; auf Grund der Abzeichnung halte ich die Mitteis'sche Lesung für sehr wahrscheinlich. Jean Maspero schlägt für das folgende Wort Σωτάδον vor, und dahinter möchte ich jetzt auf der Abzeichnung ἐπηρ[έτ(ης)] lesen. Die beiden ersten Zeilen hätten demnach zu lauten: Τοῖς ἀγ[ο]ρ[α]νόμοις Ὁξυρύγχων πόλεως | Κτησίδημ(ος) Σωτάδον ἐπηρ[έτ(ης)]. Ἀπήγγειλα κτλ.

gabe dieselben (τῶν αὐτῶν) Siegel vorhanden sind, wie bei der notariellen Aufsetzung des Testamentes, kann ja das Besitzamt nicht wissen, weil das Besitzamt bei der Aufsetzung nicht zugegen war. Darum läßt das Besitzamt, um sich vor Verantwortung zu schützen, bei der Rückgabe das Notariat mitwirken. Mithin, das Testament geht bei Rückgabe aus dem Besitzamte auf dem Umwege über das Notariat in die Hände des Erblassers zurück.

Durch die Hinterlegung des Testamentes seitens des Erblassers erwirbt der Erbe selbstverständlich keinerlei Recht an dem künftigen Nachlasse; der Erbe und der künftige Nachlaß werden im Besitzamte nur deshalb vermerkt, weil der Inhalt jedweder Urkunde im Besitzamte vermerkt werden muß¹⁾.

9. Der Erlaß des Statthalters Mettius Rufus.

Wie Eingangs erwähnt, lehnen mehrere Gelehrte meine Deutung der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων als einer Verwahranstalt für Privaturkunden ab, weil sie am Grundbuchamte glauben festhalten zu müssen, während andere, wie Paul M. Meyer und Mitteis, mir neuerdings zwar darin beistimmen, daß jene Behörde ein Archiv (Besitzamt) für Privaturkunden sei, daß aber innerhalb dieses Archives ein Grundbuch geführt werde. Allgemein sieht man das im Besitzamte geführte διάστωμα als dieses Grundbuch an, während ich das διάστωμα als einfache Bestandsliste des Besitzamtes erklärt habe²⁾.

Der Grundbuchgedanke stützt sich auf den Erlaß des Statthalters Mettius Rufus vom 1. Oktober 89 n. Chr. (*P. Oxy.* II 237 Col. VIII, 27—43). Bei der grundlegenden Bedeutung dieses Erlasses für unsere Untersuchung lasse ich den vollen Wortlaut hier folgen.

28 Μάρκος Μέττιος Ροῦφος ἑπαρχὸς Αἰγύπτου λέγει· Κλαύ-
 29 διος Ἀρείου ὁ τοῦ Ὀξυρυγχείτου στρατηγὸς [ἐ]δήλωσέν μοι
 30 μῆτε τὰ ἰδιωτικὰ μ[ή]τε τὰ δημόσια | πράγματα τὴν καθ-
 31 ἡκουσαν λαμβάνειν διοίχησιν διὰ τὸ ἐκ πολλῶν χρόνων μὴ
 32 καθ' ὃν ἔδει τρόπον ἠχορομῆσθαι τὰ ἐν τῇ τῶν ἐνκ[τ]ήσεων
 33 βιβλιοθήκῃ δια[σ]τώματα, καίτοι πολλάκις χρηθὲν ὑπὸ
 34 τῶν πρὸ ἐμοῦ ἐπαρχῶν τῆς δεούσης αὐτὰ τυχεῖν ἐπαν-
 35 ορθώσεως. Ὅπερ οὐ καλῶς ἐνδέχεται, εἰ μὴ ἄνωθεν
 36 γένοιτο ἀντίγραφα. Κελεύω οὖν πάντας τοὺς κτήτορας
 37 ἐντὸς μηνῶν ἑξ ἀπογράψασθαι τὴν ἰδίαν κτῆσιν εἰς τὴν
 38 τῶν ἐνκ[τ]ήσεων βιβλιοθήκην, καὶ τοὺς δανειστάς, ἃς ἐὰν

1) Vgl. die mißverständliche Auffassung von Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 748.

2) *Griewesen* S. 488 ff.

33 ἔχουσι ὑποθήκας, καὶ τοὺς ἄλλους, | ὅσα ἂν ἔχουσι
 δίκαια, τὴν δὲ ἀπογραφὴν ποιείσθωσαν δηλοῦντες πόθεν
 34 ἕκαστος τῶν ὑπαρχόντων καταβέβηκεν εἰς αὐτοὺς | ἢ κτῆ-
 σεως. Παρατιθέτωσαν δὲ καὶ αἱ γυναῖκες ταῖς ὑποστάσεσι
 τῶν ἀνδρῶν, ἔαν κατὰ τινα ἐπιχώριον νόμον κρατεῖται
 35 τὰ ὑπάρχοντα, ὁμοίως δὲ καὶ τὰ τέκνα ταῖς τῶν γονέων, οἷς
 ἢ μὲν χρῆσεις διὰ δημοσίων τετήρηται χρηματισμῶν, ἢ δὲ
 36 κτῆσι μετὰ θάνατον τοῖς τέκνοις κεκράτηται, ἵνα οἱ συν-
 αλλάσσοντες μὴ κατ' ἄγνοιαν ἐνεδρεῦνται. Παραγγέλ-
 37 λω δὲ καὶ τοῖς συναλλάγματογράφοις καὶ τοῖς μνήμοσι
 μηδὲν δίχα ἐπιστάλματος τοῦ βιβλιοφυλάκ[ου] τελειῶσαι,
 38 γνοῦσιν ὡς οὐκ ὄφελος τὸ] τριῶντο ἀλλὰ καὶ | αὐτοὶ
 ὡς παρὰ τὰ προστεταγμένα ποιήσοντες δίκην ὑπομε-
 νοῦσι τὴν προσήκουσαν. Ἐὰν δ' εἰσὶν ἐν τῇ βιβλιοθήκῃ
 39 τῶν ἐπάνω χρόνων ἀπογραφαί, μετὰ πάσης ἀκρεβεί-
 ας φυλασσέσθωσαν, ὁμοίως δὲ καὶ τὰ διαστροφάματα,
 40 ἢν' εἴ τις γένοιτο ζήτησις εἰς || ὕστερον περὶ τῶν μὴ
 δεόντως ἀπογραφωμένων, ἐξ ἐκείνων ἐλεγχθῶσι. [Ἴνα]
 41 δ' [ο]ἱ β[εβ]αία τε καὶ εἰς ἅπαν διαμένη τῶν διαστροφω-
 μάτων ἢ χρῆσεις, πρὸς τὸ μὴ πάλιν ἀπογραφῆς
 δεηθῆναι, παραγγέλλω τοῖς β[ε]βλιοφύλαξι, διὰ πεντα-
 42 ετίας ἐπανανεοῦσθαι | τὰ διαστροφάματα, μεταφερο-
 μένης εἰς τὰ καινοποιούμενα τῆς τελευταίας ἐκάστον
 43 ὀνόματος ὑποστάσεως κατὰ κόμην καὶ κατ' εἶδος. (Ἐτ-
 ους) θ Δομειτιανο[ῦ], μηνὸς Δομυτιανοῦ δ.

Indem ich den Erlaß in die einzelnen Abschnitte zerlege, gebe ich nachstehend die Übersetzung¹⁾.

1. Die eingerissene Unordnung der Bestandsliste (Z. 27—30):

„Marcus Mettius Rufus, Statthalter von Ägypten, verordnet was „folgt. Claudius Annios, der Stratege des oxyrhynchitischen Gaues, „hat mir gemeldet, daß die Anliegen der Privatleute und auch die „Dienstgeschäfte (im Besitzamte) nicht mehr ordnungsmäßig erledigt „werden können, weil seit langer Zeit die Bestandslisten des Besitz- „amtes nicht gehörig behandelt (auf dem laufenden erhalten) „worden sind.“

2. Tadel, Hinweis auf frühere Erlasse (Z. 30):

„(Solche Unordnung ist vorgekommen), obwohl oftmals von meinen „Vorgängern im Statthalteramte darauf hingewiesen worden ist, daß „sie (die Bestandslisten) fortlaufend gehörig berichtet werden müssen.“

1) Hinsichtlich der Einzelheiten darf ich auf mein *Girouesen* S. 373 ff. und 490 ff. verweisen.

3. Befehl, die Bestandslisten von Grund aus neu aufzustellen (Z. 31):

„Das kann nicht so weiter gehen. Darum müssen jetzt die „Auszüge (in der Bestandsliste) von Grund aus neu angefertigt „werden.“

4. Aufruf an die privaten Besitzer, und zwar:

a) an die Besitzer von Eigenbesitz (Z. 31—32):

„Darum verordne ich hiermit, daß alle Besitzer binnen sechs „Monaten ihren Eigenbesitz bei dem Besitzamte vermelden“.

b) an die Besitzer von Hypothekenforderungen (Z. 32):

„Ebenso haben die Gläubiger hinsichtlich etwaiger Hypotheken- „forderungen zu verfahren“.

c) an die Besitzer von sonstigen Besitzrechten (Z. 32—33):

„Desgleichen auch die übrigen Leute hinsichtlich ihrer etwaigen „sonstigen Besitzrechte“.

5. Herkunft der Besitzrechte (Z. 33—34):

„Diese Vermeldung (*ἀπογραφή*) sollen sie (die Besitzer) vor- „nehmen, indem ein jeglicher angibt, woher¹⁾ das Anrecht an den „Vermögensbestandteilen auf ihn übergegangen ist“.

6. Sicherung der Besitzrechte von Frauen und Kindern (Z. 34—36):

„Ferner sollen die Ehefrauen ihre Rechte an Hab und Gut ihrer „Ehemänner hinterlegen, sobald die Vermögensbestandteile nach „Landesrecht ihnen verfangen sind; ebenso die Kinder in Hinsicht „von Hab und Gut ihrer Eltern in Fällen, wo den Eltern die Nutz- „nießung durch öffentliche Notariatsurkunden sichergestellt, das Be- „sitzrecht aber von Todeswegen den Kindern zugewiesen ist, damit „Leute, welche (wegen solchen Besitzes) Unterhandlungen anknüpfen, „nicht durch Unkenntnis (des wahren Sachverhaltes) benachteiligt „werden“.

7. Ermahnung an die öffentlichen Notare, die Bestimmungen zu beachten (Z. 36—38):

„Hierbei mache ich die Urkundennotare und Merker²⁾ darauf „aufmerksam, daß sie keine Urkunde ohne (vorherige) Anweisung³⁾ „des Besitzamtes aufsetzen dürfen, denn sie müssen wissen, daß

1) Über den Zweck dieser Anordnung siehe *Girowesen* S. 377.

2) Siehe oben S. 410.

3) Über diese Anweisung siehe *Girowesen* S. 301ff. Mitteis, *Grundzüge* S. 98.

„solcherlei von Nachteil ist; überdies laufen sie Gefahr, wegen „Nichtbeachtung der Verordnungen gebührend bestraft zu werden“.

8. Vorschriften für die Beamten des Besitzamtes, und zwar:

a) wegen Verwahrung älterer Papiere (Z. 38—40):

„Sofern im Besitzamte aus älteren Zeiten (freiwillige) Besitzvermeldungen vorliegen, sollen diese mit aller Sorgfalt aufbewahrt werden, ebenso die (alten) Bestandslisten, damit, falls späterhin eine Untersuchung eingeleitet wird in Sachen solcher Besitzer, die eine freiwillige Vermeldung (ἀπογραφή) unzutreffenden Inhaltes eingereicht haben, (diese Besitzer) auf Grund jener Papiere (ihres Unrechtes) überführt werden können“.

b) wegen Erneuerung der Bestandslisten in bestimmten Fristen (Z. 40—43):

„Damit nun der Gebrauchswert der Bestandslisten andauernd verläßlich bleibt, auf daß es keiner abermaligen Einforderung von (pflichtmäßigen) Vermeldungen bedarf, erteile ich hiermit den Besitzamtsvorstehern den Auftrag, im Verlaufe von jedes Mal fünf Jahren die Bestandslisten neu umschreiben zu lassen, wobei unter jedem Namen der neueste Besitzstand in die Neuauflage übertragen wird, und zwar getrennt nach Ortschaftsgruppen und Sachengruppen¹⁾).

9. Datum (Z. 43):

„Im Jahre 9 des Domitianus, am 4. des Monats Domitianus“.

In diesem Erlasse sind es die drei Worte „πάντας τοὺς κτήτορας“ (Z. 31), welche vor allem als durchschlagend bezeichnet werden²⁾; κτήτωρ, sagt man, sei lediglich der „Grundbesitzer“, und das „πάντας“ bedeute, daß „sämtliche Grundbesitzer“ die geforderte ἀπογραφή an das Besitzamt einsenden sollen; daraus folge, daß das Besitzamt den gesamten Privat-Grundbesitz verbuchen müsse, mithin sei diese Behörde ein Grundbuchamt bzw. ein Archiv, welches ein Grundbuch in sich einschließt³⁾.

Was zunächst die grammatische Frage betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß, was für den Begriff „ἐγκτήσεις“ gilt, auch für den Begriff „κτήτωρ“ gelten muß. Wir haben oben gesehen, daß das Besitzamt neben Immobilienrechten auch Mobiliarrechte (Sklavenbesitz u. dgl.) sowie

1) Vgl. dazu unten S. 433.

2) Vgl. Mitteis, *Berichte phil. hist. Klasse d. Gesellsch. d. Wiss.* Leipzig 1910 S. 253. Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 743. Mitteis, *Grundzüge* S. 107. Rostowzew, *Kolonat* S. 406.

3) Siehe oben S. 405.

ἀτέλεια-Rechte und ähnliche Besitzrechte verwahrt, was damit zusammenhängt, daß das Besitzamt der Geschäftsnachfolger des ptolemäischen Hüters (συγγραφοφύλαξ) geworden ist. Nun kann es wohl kaum zweifelhaft sein, daß dem Besitzamte die Firma „βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων“ vom Tage seiner Begründung ab verliehen worden ist; daraus folgt, daß man von Anfang an unter den „ἐγκτήσεις“ auch die Nicht-Immobilienbesitzrechte verstanden hat. Wenn also Lewald¹⁾ hervorhebt: „ἐγκτησις als Terminus der griechischen Rechtssprache bedeutet das Recht des Staatsfremden zum Grundstückserwerbe; stets bezieht sich ἐγκτησις auf Immobilien²⁾, auch wohl da, wo der in der Regel sich findende Zusatz γῆς καὶ οἰκίας fehlt“, so sprechen, wenigstens für den Geschäftsbereich des ägyptischen Besitzamtes, die Tatsachen dagegen; dort gehören sicher auch die Sklaven zu den ἐγκτήσεως. Mithin wird man für „κτήτωρ“ den erweiterten Begriff ebenfalls zulassen müssen und annehmen dürfen, daß der Statthalter unter den κτήτορες Besitzer jeder Art von Besitzrechten verstanden habe.

Abgesehen hiervon gibt es noch Gründe verwaltungsdienstlicher Art, welche dafür sprechen, daß Mettius Rufus unter den κτήτορες nicht lediglich die Grundbesitzer verstand und daß er an ein Grundbuch gar nicht dachte.

Wenn man von einem Grundbuche spricht, so ist dabei zu berücksichtigen, daß die Bezeichnung „Grundbuch“ nur dann anwendbar ist, wenn dieses Grundbuch vollständig ist, d. h. sämtliche Grundstücke (Privatgrundstücke) umspannt. Diese Vollständigkeit des Grundbuches nennt Mitteis³⁾ eine objektive. Die subjektive Vollständigkeit besteht darin, daß das Grundbuch bezüglich aller darin enthaltenen Grundstücke auch alle darauf bestehenden subjektiven Rechte umfaßt. Wenn ich nun glaube, daß Mettius Rufus an ein Grundbuch nicht dachte, so läuft das darauf hinaus, daß er die objektive und subjektive Vollständigkeit des privaten Grundbesitzes in den διαστώματα nicht anstrebte.

Zur Prüfung der Sachlage wollen wir annehmen, die römische Regierung habe den Entschluß gefaßt, daß bei den Besitzämtern ein Grundbuch errichtet und auf dem Laufenden erhalten werde. Das mag unter Augustus oder etliche Zeit später geschehen sein. Jedenfalls war die Neuerung zur Zeit des Rufus (89 n. Chr.) noch in der Entwicklung begriffen, denn in Arsinoë war das Besitzamt damals erst kürzlich (um das Jahr 70 n. Chr.)⁴⁾ vom Staatsarchive als selbständige Behörde abgezweigt worden, in Oxyrhynchos geschah die Abzweigung erst vier Jahrzehnte später. Die von Rufus beklagte Unordnung betrifft also das Staats-

1) *Grundbuchrecht* S. 11.

2) In demselben Sinne Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 744.

3) *Grundzüge* S. 107. — 4) Siehe oben S. 416.

archiv in Oxyrhynchos, weil dieses damals die Besitzamtsgeschäfte noch mitbesorgte. Wenn nun unter solchen Zeitverhältnissen der Statthaltereie gemeldet wird, daß das Grundbuch in trostlose Unordnung geraten sei, sodaß eine Neuauflage von Grund aus nötig wird, so muß sich Rufus doch sofort sagen, daß der Schiffbruch, den dort die junge Einrichtung des Grundbuches erlitten hat, vor allem auf Nichtaufrechterhaltung oder Nichterbeiführung der objektiven und subjektiven Vollständigkeit zurückzuführen sei, und er mußte Veranlassung nehmen, klar und eindringlich zu verlangen, daß man die Vollständigkeit, diesen Lebensnerv des Grundbuchgedankens, künftig nicht wieder außer Augen lasse. Davon aber sagt Rufus kein Wort. Was wir also im Erlasse vermissen, ist die Sorge für dauernde Aufrechterhaltung der durch die jetzt eingeforderten außergewöhnlichen ἀπογραφαί bezweckten Vollständigkeit.

Der Erlaß spricht sich auch darüber nicht aus, ob durch Verschulden der Beamten die objektive Vollständigkeit notleidet, oder ob durch Nachlässigkeit der Grundbesitzer die subjektive Vollständigkeit allzustark abhanden gekommen ist, oder ob beides zusammengewirkt hat.

Nehmen wir zunächst an, es sei die objektive Vollständigkeit abhanden gekommen. Da hätten lediglich die Beamten schuld, und man müßte erwarten, daß der Statthalter etwa so spricht: „damit solche Unordnung künftig nicht wieder eintritt, fordere ich die βιβλιοφύλακες auf, künftig unbedingt dafür zu sorgen, daß sämtliche Privatgrundstücke in den διαστροφάματα verbucht stehen.“ Statt dessen sagt der Statthalter (am Schlusse seines Erlasses): „damit solche Mißstände nicht wieder eintreten, fordere ich die βιβλιοφύλακες auf, alle fünf Jahre die διαστροφάματα zu erneuern“. Daraus geht hervor, daß Rufus eine Wiederkehr der Unordnung lediglich durch Herstellung einer besseren Übersichtlichkeit der διαστροφάματα zu beseitigen hofft. Zahlreiche Zusätze und Nachträge machen eine Liste unübersichtlich, sodaß dann leicht Buchungen an falscher Stelle geschehen oder irrtümlich ganz unterbleiben, zumal wenn die Beamten nicht gehörig geschult oder nicht verläßlich sind. Rufus strebt also durch bessere Übersichtlichkeit eine größere Genauigkeit der Berichtigungen an. Damit steht auch in Übereinstimmung, daß die Erlasse seiner Vorgänger, die, wie Rufus mißbilligend bemerkt, bisher nicht die gebührende Beachtung gefunden haben, die ἐπανόρθωσις der διαστροφάματα zum Gegenstande hatten (Z. 30). Die ἐπανόρθωσις ist die „Berichtigungsarbeit“.¹⁾ Ich glaube nicht, daß man unter diesen Berichtigungsarbeiten zu verstehen hat, die zur erstmaligen Anlegung eines Grundbuches, d. h. zur allmäligen Er-

1) *Grievances* S. 375.

reichung eines objektiv vollständigen Grundbuches, nötig sind; würde es sich um die erstmalige Anlegung handeln, so würde sich Rufus wohl anders ausgedrückt haben.

Rufus vergißt nicht, den Beamten Dinge einzuschärfen, die bei einem Grundbuchamte gegenüber der objektiven Vollständigkeit des Grundbuches erst in zweiter Linie nötig sind, nämlich die sorgsame Verwahrung der älteren Papiere und das regelmäßige Umschreiben der *διαστροφάματα*; da hätte er gewiß nicht vergessen, die Notwendigkeit einer objektiven Vollständigkeit zu betonen, wenn es sich um diese Notwendigkeit gehandelt hätte.

Jene Vorschriften über ordnungsmäßige Berichtigung der *διαστροφάματα* machen also durchaus den Eindruck, daß es sich lediglich um Berichtigungen handelt, die aus Anlaß von Besitzveränderungen notwendig werden. Solche Berichtigungen können die Grundbuchbeamten nur ausführen, wenn die Privatbesitzer ihnen die nötigen Meldungen ordnungsmäßig einreichen. Damit kommen wir auf die subjektive Vollständigkeit des Grundbuches. Die beklagte Unordnung des Grundbuches wäre dann durch Schuld der Grundbesitzer entstanden. Doch stoßen wir hier wiederum auf Bedenken, denn wir müssen die Frage stellen: warum unterläßt es der Statthalter, in diesem Erlasse, der in allen Dörfern¹⁾ öffentlich bekannt gemacht wurde, die Grundbesitzer zu tadeln und von ihnen zu verlangen, daß sie nun wenigstens künftig die Besitzveränderungen pünktlich einreichen? Er richtet Ermahnungen besonderer Art an die Frauen und Kinder, warum nicht auch an die Grundbesitzer, und zwar in Hinsicht ihres künftigen Verhaltens gegenüber den Anforderungen eines Grundbuches?

Partsch erinnert daran (*Gött. gel. Anz.* 1910, S. 743), daß die preußische Regierung in ihrem Streben nach Vollständigkeit der neuen Grundbücher sogar zu Strafen gegriffen habe. Daraus geht hervor, wie schwer sich die preußischen Grundbesitzer dazu bequemen konnten, die geforderten Vermeldungen einzureichen. Wenn man nun berücksichtigt, daß die preußische Bevölkerung in Hinsicht allgemein-staatlicher Pflichten eine ganz andere Schulung hinter sich hatte als die aus vielartigen Volksstämmen zusammengewürfelte ägyptische Bevölkerung, und daß in Ägypten auch noch der bekannte orientalische Schlendrian hinzutritt, so erkennt man, daß die ägyptischen Verhältnisse für ein Grundbuch weit ungünstiger als die preußischen waren. Unter diesen Umständen, und da — wie erwähnt — zur Zeit des Rufus der Grundbuchgedanke noch neu und die Entwicklung der Grundbuchämter noch nicht abgeschlossen war, ist es vom verwaltungsdienstlichen Standpunkte aus nicht

1) *Griowesen* S. 382.

zu verstehen, weshalb Rufus eine so bequeme Gelegenheit, wie es sein uns vorliegender Erlaß ist, unbenutzt gelassen hat, um die Bevölkerung auf ihre Pflichten klar und eindringlich aufmerksam zu machen¹⁾).

Mitteis²⁾ neigt zu der Vermutung, daß meine Deutung des Ausdruckes διὰ πενταετίας, wonach die Erneuerung der διαστροφώματα alle fünf Jahre erfolgen solle, nicht richtig sei; der Ausdruck bedeute bloß, daß für die Neuherstellung eine fünfjährige Frist gegeben werde. Es ist aber zu bedenken, daß diese Frist zur Verarbeitung der von Rufus eingeforderten außergewöhnlichen ἀπογραφαί, die binnen sechs Monaten einzuliefern sind, viel zu lang ist, weil im vierten und fünften Jahre ein großer Teil dieser ἀπογραφαί infolge der zwischendurch eintretenden Besitzveränderungen veraltet sein muß. Rufus sagt nicht, wie die hieraus entspringenden Unstimmigkeiten beseitigt werden sollen. Ich meine doch, daß die gesamte Sachlage auf eine alle fünf Jahre vorzunehmende Neuauflage³⁾ hinweist. Anderenfalls hätte Rufus auch wohl gesagt: ἐντὸς ἐνιαυτῶν πέντε, wie er Z. 31 ἐντὸς μηνῶν ἕξ sagt.

Das bisherige Ergebnis ist wie folgt zusammenzufassen: bestände im Besitzamte ein Grundbuch mit der Vorbedingung einer größtmöglichen Vollständigkeit, und würde Rufus mit dem Ausdrucke „πάντας τοὺς κτήτορας“ die sämtlichen Besitzer von Privatgrundstücken gemeint haben, so hätte seine Anordnung, daß zwecks Erneuerung des durch Unachtsamkeit verwahrlosten Grundbuches jetzt sämtliche Grundbesitzer ihren Privatgrundbesitz vermelden sollen, keinen dauernden Nutzen, weil er vergißt, die Hauptsache zu behandeln, nämlich erstens den Grundbesitzern eindringlich einzuschärfen, daß künftig der gesamte Grundbesitz subjektiv vollständig sein muß, und zweitens den Grundbuchbeamten ebenso eindringlich einzuschärfen, daß sie künftig die objektive Vollständigkeit wahren und auch durch Einwirkung auf die Grundbesitzer für die subjektive Vollständigkeit nach Möglichkeit sorgen sollen. Da die eingerissene Unordnung durch mangelhafte Berichtigung entstanden ist, so müßte Rufus auf die künftige, fortlaufend genau auszuführende Aufrechterhaltung der Vollständigkeit den größten Nachdruck legen, nicht aber alles Heil von der fünfjährigen Umschreibung der διαστροφώματα erwarten.

Die Schwierigkeiten lösen sich, sobald wir das Grundbuch fallen lassen und in der βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων nur die Verwahranstalt sehen. Alsdann ist es erklärlich, weshalb der Statthalter die κτήτορες weder

1) Mitteis, *Grundzüge* S. 100 Anm. 1, erklärt die Tatsache, daß Besitzveränderungen vom Erwerber oft erheblich verspätet dem Grundbuchamte gemeldet werden, durch Nichtbeachtung der bestehenden Vorschrift.

2) *Grundzüge* S. 106.

3) Näheres darüber siehe *Girowesen* S. 491.

wegen der Unordnung tadelt, noch von ihnen verlangt, daß sie nach Neuauftellung der *διαστροφάματα* die ferneren Besitzveränderungen pünktlich melden, denn das Einreichen des Besitzes ist bei einer Verwahranstalt freier Wille des Besitzers; alsdann ist es auch klar, weshalb der Tadel des Statthalters nur an die Beamten des Besitzamtes sich richtet, denn die Unordnung war dadurch entstanden, daß die Beamten diejenigen Meldungen, welche freiwillig ihnen zugegangen waren, nicht ordnungsmäßig in der Bestandsliste vermerkt hatten; schließlich ist es alsdann auch klar, weshalb Rufus alles Heil von einer zum Zwecke besserer Übersichtlichkeit alle fünf Jahre vorzunehmenden Umarbeitung der *διαστροφάματα* erwartet: die *διαστροφάματα* sind die Bestandslisten über die hinterlegten Besitzrechte¹⁾; je klarer die Eintragungen darin stehen, je übersichtlicher die Nachträge und Berichtungen eingeordnet sind, desto weniger sind Irrungen und Mißverständnisse zu befürchten, desto leichter und sicherer lassen sich weitere Berichtigungen an der richtigen Stelle anfügen²⁾).

Dafür, daß Rufus mit den Worten „πάντας τοὺς κτήτορας“ nicht lediglich Grundbesitzer gemeint haben kann, lassen sich noch andere Gesichtspunkte verwaltungsdienstlicher Art beibringen. Wir wissen, daß im Besitzamte — wie wiederholt erwähnt — neben den Immobilienrechten auch Mobiliarrechte und andere Besitzrechte verwahrt wurden. Es ist daher sehr wahrscheinlich³⁾, daß die uns bekannte Bestandsliste (*διαστροφάματα*) zur Aufzeichnung der verwahrten Besitzrechte jeder Art verwendet wurde, d. h. daß nicht neben der Übersicht über die Immobilienrechte noch eine zweite Liste über die übrigen Besitzrechte in Gebrauch war. Ist das richtig, so sind durch die eingerissene Unordnung nicht allein die Grundbesitzer, sondern auch die Besitzer von Mobilien u. dgl. in Mitleidenschaft gezogen worden. Wenn nun unter den *κτήτορες* nur Grundbesitzer zu verstehen sind, so muß die Frage gestellt werden: weshalb will Rufus bloß die Immobilien in Ordnung bringen lassen, nicht auch die Mobilien u. dgl.? Will man aber vermuten, daß die *διαστροφάματα* nur das Grundbuch darstellen, während die Mobilien u. dgl. in einer zweiten Liste nachgewiesen wurden, so erheben sich sofort Bedenken anderer Art: zunächst ist zu bemerken, daß, wenn die Beamten durch ihre Nachlässigkeit das Grundbuch in eine trostlose Verfassung gebracht haben, dieselbe Liederlichkeit sich sicherlich auf die Mobiliarliste ebenfalls erstreckt haben wird, deren Erneuerung nicht unterbleiben durfte; sodann aber hätte Rufus, wenn es sich um zwei Listen handeln würde, in

1) *Girouesen* S. 488 ff.

2) Vgl. die vielen Berichtigungen in der Bestandsliste *P. Oxy.* II 274 und *P. Flor.* I 97; dazu *Girouesen* S. 492 f.

3) Dafür spricht auch der Begriff κατ' εἶδος (siehe unten S. 433).

seinem Erlasse irgendwo doch wohl betont, daß seine Anordnungen sich lediglich auf die Grundstücksliste (Grundbuch) beziehen, im Gegensatze zu der Mobilienliste, oder daß sie sich auf beide Listen beziehen.

Auch diese Schwierigkeiten lösen sich, wenn wir in den διαστροφάματα kein Grundbuch sehen, sondern nur die Bestandsliste des Verwahrantes, und wenn wir unter den κτήτορες Besitzer jeder Art verstehen.

Die Grundbuchfrage stößt auch hinsichtlich des Katökenlandes auf erhebliche Schwierigkeiten. Wie unten (S. 448 ff.) noch näher hervorgehoben werden wird, gehört die γῆ κατοικική nicht zum eigentlichen Privatlande (γῆ ιδιόκτητος), trotzdem aber finden wir sie im Besitzamte. Angenommen, Rufus habe in seinem Erlasse unter den κτήτορες nur die Besitzer von Privatland verstanden, so muß sofort eingewendet werden, daß ja die Verwahrlosung der διαστροφάματα auch die Besitzer von Katökenland betroffen haben müsse: weshalb sollte da Rufus die Katöken von der Wohltat der neu zu schaffenden Ordnung ausschließen? Da bleibt nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß unter den κτήτορες auch die Katöken, also Lehensmänner, zu verstehen seien¹⁾. Doch erheben sich gegen letztere Annahme sofort Bedenken neuer Art: wir wissen, daß alle Katökengrundstücke schon in der Katökenkammer in einem besonderen Katökengrundbuche²⁾ verzeichnet standen; weshalb sollte sich da die römische Regierung die große Mühe und besonders auch die großen Unkosten gemacht haben, die nötig sind, um diese zahlreichen Katökengrundstücke zum zweiten Male³⁾ in das Grundbuch des Besitzamtes aufzunehmen? Ist solche doppelte grundbücherliche Aufzeichnung in zwei getrennten Grundbüchern glaubhaft?

Die Schwierigkeiten verschwinden, wenn wir das Grundbuch im Besitzamte fallen lassen: der Katöke hatte, wie jeder andere Besitzer von Immobilien und Mobilien, das Recht, seinen Katökenbesitz — unbeschadet der Verbuchung im Katökengrundbuchamte — beim Besitzamte in Gestalt der Besitzurkunde zu hinterlegen, was für ihn deshalb wertvoll war, weil das Katökengrundbuchamt sich nicht mit der Verwahrung der in den Händen der Katöken befindlichen Besitzurkunden, insbesondere nicht mit Pfandurkunden⁴⁾ befaßte. Darum finden wir Katökenland bald nur im Lehengrundbuche, bald außerdem auch noch im Besitzamte verbucht⁵⁾.

Schließlich muß zur Erläuterung des statthafterlichen Erlasses noch auf folgenden Punkt aufmerksam gemacht werden. Wir sahen, wie

1) Mitteis, *Grundzüge* S. 95 Anm. 3, rechnet das Katökenland zum Privatlande.

2) Die Einzelheiten über das Katökengrundbuch siehe *Girowesen* S. 496 ff.

3) Auch Mitteis, *Chrestom.* II Nr. 220 Einl. S. 239, nimmt ein Katökengrundbuch als vorhanden an.

4) *Girowesen* S. 506. — 5) *Girowesen* S. 503.

schwer es der preußischen Regierung wurde, die subjektive Vollständigkeit zu erzielen, und daß diese Schwierigkeiten viel stärker in Ägypten vorhanden gewesen sein müssen; die Papyri bieten Beispiele dafür, daß Grundstückserwerb oft stark verspätet, mehrfach erst nach Jahren dem Besitzamte gemeldet wurde¹⁾, oder daß die Vermeldung des Erwerbes überhaupt nicht beabsichtigt wurde, weil der Erwerb durch Handschein²⁾ vor sich ging, dem das Besitzamt grundsätzlich verschlossen³⁾ blieb. Diese Verhältnisse waren dem Statthalter Mettius Rufus zweifellos bekannt. Darum hätte er, falls die Regierung eine größtmögliche subjektive Vollständigkeit angestrebt hätte, in seinem Erlasse etwa folgendes sagen müssen: „mir ist bekannt, daß viele Grundbesitzer die vorgeschriebene Vermeldung ihres Besitzers bisher gänzlich unterlassen haben; darum fordere ich die Säumigen auf, die ἀπογραφή unter Beifügung der Erwerbsurkunde alsbald nachzuholen“. — Das aber tut Rufus nicht. Er mußte wissen, daß jede gewöhnliche ἀπογραφή von der Erwerbsurkunde⁴⁾ begleitet sein mußte, während die von ihm jetzt verlangten außergewöhnlichen ἀπογραφαι ohne⁵⁾ Erwerbsurkunde einzureichen waren. Das Besitzamt konnte mit der außergewöhnlichen ἀπογραφή nichts anfangen, wenn die gewöhnliche ἀπογραφή nebst Erwerbsurkunde nicht voraufgegangen war. Wie dachte sich also Rufus die Neuauflage eines Grundbuches ohne Erwerbsurkunde? Rufus vergißt nicht die Rechte der Frauen und Kinder, er vergißt auch nicht den Notaren alte Vorschriften erneut einzuschärfen; weshalb vergißt er, die rückständigen Erwerbsurkunden einzufordern?

Wiederum schwinden die Schwierigkeiten, wenn wir vom Grundbuche absehen. Rufus forderte die rückständigen Erwerbsurkunden nicht ein, weil er dazu kein Recht hatte, denn die Hinterlegung jedes Besitzes beim Besitzamte ist freiwillig. Und da die Hinterlegung freiwillig war, so konnte man infolge der eingerissenen Unordnung nicht mehr wissen und im Besitzamte nicht mehr sicher feststellen, wer seinen Besitz hineingebracht hatte und was er hineingebracht hatte. Da blieb nichts anderes übrig, als die Hinterleger selber zu fragen, und darum erläßt Rufus die uns vorliegende Bekanntmachung (κελεύω οἷν πάντας τοὺς κτήτορας κτλ.), wobei er unter „πάντας τοὺς κτήτορας“ alle diejenigen Besitzer von Immobilien, Mobilien und sonstigen Dingen verstand, die ihren Besitz im Besitzamte bereits hinterlegt hatten.

1) Siehe unten S. 437.

2) Vgl. *Girowesen* S. 287f. Beispiele auch bei Mitteis, *Berichte der phil.-hist. Klasse der Akad.* Leipzig 62 (1910) S. 257, sowie *Grundzüge* S. 108.

3) Siehe oben S. 418 Anm. 5. — 4) *Girowesen* S. 392ff.

5) Das zeigen der Wortlaut des Erlasses und die uns erhaltenen Beispiele der außergewöhnlichen ἀπογραφαι (vgl. *Girowesen* S. 381).

10. Der Begriff κατ' εἶδος.

In seinem Erlasse ordnet Mettius Rufus an (Z. 42), daß die Bestandsliste des Besitzamtes bei der Neuauflage so angelegt werden solle, daß die ὑπόστασις eines jeden Besitzers κατὰ κόμην καὶ κατ' εἶδος erscheint. Ich übersetzte das oben (S. 425) durch: „getrennt nach Ort- schaftsgruppen und Sachengruppen“¹⁾. Mitteis²⁾ verwirft diese Deutung und erklärt jene Stelle dahin, daß innerhalb des Grundbuches jedes einzelne Objekt separat (κατ' εἶδος) verzeichnet werden solle. Um zu zeigen, daß das εἶδος in diesem Zusammenhange die „Art“ oder „Gattung“ von Gegenständen bedeutet, das κατ' εἶδος also die „Trennung nach Arten“ oder die „Sachengruppen“, möchte ich, abgesehen von den im *Girowesen* S. 488ff. aufgeführten Gesichtspunkten noch auf folgende Belegstellen aufmerksam machen.

In *P. Oxy.* III 506, 35 (143 n. Chr.) verspricht ein Schuldner: ἐπίνα[γκον παρέξασθαι τῷ δε[δανεικότι] — (ἄρουραν) κα[θαράν ἀπὸ πάσης γε]ωργ[ί]ας βα[σιλικῆς] καὶ [οὔσι]ακῆς γῆς καὶ παντὸς εἴ[δ]ο[υ]ς. Das kann nur bedeuten „frei von jeglicher Zwangsarbeit“³⁾ für Königs- land und Hausgutland und jeglicher anderen Art (von Last)“. In dem- selben Zusammenhange erscheint das εἶδος noch anderwärts, z. B. *P. Amh.* II 95, 4; *P. Strassb.* I 52, 5; *P. Lips.* I 6, 6. In *P. Fay.* 34, 3 (161 n. Chr.) heißt es: ὁμολογῶ — ἀνθ' ὑμῶν τὴν εἰσπραξιν ποιήσασθαι καὶ ἐκδῶναι σύμβολα μονοδεσμίας χόρτον καὶ ἄλλων εἰδῶν νομαρχίας κτλ. Hier ist von den Nomarchensteuern die Rede; die μονοδεσμία χόρτον ist eine Gattung dieser großen Steuergruppe⁴⁾, während die ἄλλη εἶδη die anderen Gattungen ebenderselben Hauptgruppe bezeichnen. Also wieder- um haben wir „Untergruppen“ oder „Arten“.

In *P. Fay.* 64, 3 (2. Jahrh. n. Chr.) heißt es: ἔσχον εἰς λόγον διαγραφῆς εἰδῶν ἐλαειῶν — δραχμὰς x, d. h. „für Rechnung der Be- zahlung der (verschiedenen) Arten der Ölsteuern“. Dementsprechend übersetzt Reinach die εἶδη ἀννωνικά in *P. Rein.* 56, 6 (4. Jahrh. n. Chr.) durch „les différentes branches de l'annona selon la nature de la four- niture“. Wilcken, *Chrestom.* I Nr. 419 Anm. 6, bezeichnet den Ausdruck ἀννωνικά εἶδη als eine Wiedergabe des terminus technicus *species annonariae* und verweist auf Vegetius 3, 3: *pabula, frumentum ceteraeque annonariae species*. Im statthalterlichen Erlasse *P. Oxy.* I 34 I, 11 (127 n. Chr.) ist von εἶδη τῶν συνβ[ο]λαίων die Rede; Gradenwitz (*Festschrift*

1) Ebenso *Girowesen* S. 488f.

2) *Grundzüge* S. 103. Ebenso Eger, *Grundbuchwesen* S. 158.

3) Vgl. Preisigke, *P. Strassb.* I S. 178 Anm. 5. Mitteis, *Chrestom.* II Nr. 248 Einl., denkt an Zwangserbpacht, nach dem Vorgange von Rostowzew, *Kolonat* S. 200.

4) Preisigke, *P. Strassb.* I S. 194f.

für Koch S. 266) übersetzt das zutreffend durch „Arten der Urkunden“. In *P. Teb.* I 124, 39 sind unter εἶδη die verschiedenen Arten von Lehenbesitz zu verstehen; die Herausgeber übersetzen daher richtig „classes“. Die Beispiele lassen sich leicht noch vermehren.

Wenn also Rufus verordnet: κατ' εἶδος, so kann das nur die Trennung der Besitzrechte nach den Arten bedeuten (Grundbesitz, Hausbesitz, Sklavenbesitz u. s. w.), wie ich das im *Grirowesen* S. 454 und 488f. näher auseinandergesetzt habe. Ist das richtig, so folgt daraus, daß die Bestandsliste (διαστροφάματα) nicht bloß für Immobilien diene, sondern auch für Mobilien und anderen Besitz, und diese Betrachtung führt uns wieder dahin, zu erkennen, daß Rufus mit den Worten πάντας τοὺς κτήτορας nicht bloß die Grundbesitzer, sondern auch die Besitzer jeglicher anderen Art von Besitz gemeint hat, weil ihm daran liegen mußte, auch den Mobiliarbesitz u. s. w. der Bestandsliste wieder in Ordnung zu bringen.

11. Auskunftserteilung durch das Besitzamt.

Das Besitzamt erteilt Auskunft über den hinterlegten und verbuchten Besitz an Behörden¹⁾ und berechnigte Privatleute. Anfrageberechtigt ist ein Privatmann, der einen Besitz zu kaufen beabsichtigt²⁾ oder hypothekarisch Geld verleihen will oder dgl. Erfährt dieser Privatmann im Besitzamte, daß ein Besitz nicht verbucht steht, so muß er anderweitig sich erkundigen; ist aber der Besitz verbucht und erhält der Fragesteller infolge liederlicher Führung der Bestandsliste die unrichtige Auskunft, daß der Besitz unbelastet sei, so ist das für den Staat ebenso unangenehm³⁾, wie für den Fragesteller. Ist ein Besitz verbucht, hat es aber der Gläubiger unterlassen, eine Belastung des Besitzes zu vermelden, so erhält der Fragesteller ebenfalls eine unrichtige Auskunft, doch trifft hier die Schuld den Gläubiger allein. Letzteren Fall hat Rufus im Auge (Z. 35). Wenn die Frauen und Kinder ihre Anrechte am Besitze der Ehemänner und Eltern beim Besitzamte vermelden, so geschieht es, ἵνα οἱ συναλλάσσοντες μὴ κατ' ἄγνοιαν ἐνεδρεύονται. Aus diesen Worten des Statthalters liest Pertsch⁴⁾ zu Unrecht heraus, daß ein Vertrauensschutz vorliege, der nur dann verständlich sei, wenn Rufus alle Grundbesitzer zur Abgabe der ἀπογραφὴ auffordert. Zunächst sind ja, wie wir wissen, zahlreiche Grundstücke nicht verbucht gewesen; wenn wirklich jetzt, infolge der statthalterlichen Aufforderung, alle Grundbesitzer sich melden, so entsteht doch alsbald hinterher die alte Unstimmigkeit von neuem⁵⁾, es wird Besitzwechsel verspätet oder jahrzehntelang gar nicht vermeldet, es werden auch Be-

1) BGU 1047, 8. BGU 11. — 2) BGU 602, 8.

3) In diesem Sinne spricht auch Rufus sich aus.

4) Gött. gel. Anz. 1910 S. 743. — 5) Grirowesen S. 383.

lastungen der Grundstücke nicht vermeldet. Unter diesen Umständen kann von einem Schutze doch nur dann die Rede sein, wenn es sich um Belastungen handelt, die eben solche verbuchten Grundstücke betreffen, und wenn diese Belastungen auch ihrerseits wirklich vermeldet worden sind.

Meines Erachtens hat Rufus mit jenen Worten folgendes gemeint: wenn eine Ehefrau (oder ein Kind) ihre Forderung am verbuchten Besitze ihres Ehemannes nicht beim Besitzamte hinterlegt, so weiß das Besitzamt nicht, daß der verbuchte Besitz belastet ist; wenn nun der Ehemann in unlauterer Absicht mit einem Geldmanne in Verbindung tritt, um von diesem ein Darlehen gegen hypothekarische Verpfändung jenes verbuchten Besitzes zu empfangen, unter Verschweigung des schon bestehenden Forderungsrechtes der Ehefrau (oder des Kindes), und wenn der Geldmann daraufhin beim Besitzamte sich erkundigt, ob der verbuchte Besitz belastet sei oder nicht, so muß die Auskunft dahin lauten, daß der Besitz unbelastet sei. Gibt der Geldmann daraufhin das Darlehen, so sind plötzlich zwei Gläubiger vorhanden: die Ehefrau und der Geldmann. Der Geldmann steht völlig einwandfrei da; der Ehefrau aber kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Hinterlegung ihrer Forderung unterlassen hat. Daraus entspringt eine Gefahr für die Ehefrau. Hätte die Ehefrau die Hinterlegung ihrer Forderung unterlassen, weil der Besitz des Ehemannes im Besitzamte nicht hinterlegt ist, so würde jene Gefahr für sie nicht entstanden sein, weil der Geldmann auf seine Anfrage beim Besitzamte jene unrichtige Auskunft nicht hätte erhalten können; das Besitzamt hätte geantwortet, daß der Besitz gar nicht verbucht steht, und der Geldmann würde dann andere Mittel und Wege haben suchen müssen, um über etwaige Belastungen des Besitzes sicheres in Erfahrung zu bringen. Falls diese letzteren Bemühungen des Geldmannes zu unrichtigem Ergebnisse geführt hätten, wäre der Geldmann der schuldige Teil gewesen, nicht — wie oben — die Ehefrau.

Die *ἄγνοια*, welche Rufus im Sinne hat, entsteht also durch die unrichtige, vom Besitzamte aber nicht verschuldete Auskunft des Besitzamtes. Es ist eine wohlmeinende Handlung, wenn Rufus zum Ausdruck bringt, daß er solche Nachteile den Ehefrauen und Kindern erspart wissen will.

Hätte eine Vorschrift bestanden, wonach jede Belastung an Grundstücken grundsätzlich in einem Grundbuche zur Verbuchung kommen muß, so hätte Rufus doch wohl die Notwendigkeit einer solchen allgemeinen Verbuchung betont, nicht aber hätte er sich auf die Ehefrauen und Kinder beschränkt. Man müßte mindestens die Frage stellen, aus welchem Grunde Rufus bei Forderungsrechten der anderen Gläubiger nicht ebenfalls die Fernhaltung der *ἄγνοια* anstrebt. Aber die Beschränkung zeigt, daß es Rufus nur darum zu tun ist, die Schwachen unter den

Gläubigern auf die Vorteile der freiwilligen Hinterlegung beim Besitzamte besonders aufmerksam zu machen.

Ein Beispiel für das Auftreten von zwei Gläubigern zu gleicher Zeit ist übrigens *P. Oxy.* VII 1027. Der zweite Gläubiger verteidigt sich hier unter Berufung auf seine ἄγνοια; der erste Gläubiger aber erklärt, daß von ἄγνοια (möglicherweise aus Anlaß einer Auskunft des Besitzamtes in dem Sinne, daß der verbuchte Besitz unbelastet sei) gar keine Rede sein könne, weil er (der erste Gläubiger) ja die Hinterlegung (θέσις) seines Forderungsrechtes beim Besitzamt veranlaßt habe; da könne man doch nicht sprechen von einem ἀγνοεῖν τὴν τῶν ἀσφαλιῶν θέσιν¹⁾. Bemerkenswert ist auch hier der Ausdruck θέσις im Sinne von Hinterlegung (παράθεσις). Möglich ist es übrigens im Falle des *P. Oxy.* VII 1027, daß die παράθεσις des ersten Gläubigers infolge liederlichen Arbeitens des Besitzamtes in der Bestandsliste nicht vermerkt worden war, und daß der zweite Gläubiger ganz im Rechte ist, wenn er (auf Grund einer Auskunft des Besitzamtes) vom ἀγνοεῖν τὴν θέσιν spricht²⁾.

12. Jede Hinterlegung ist freiwillig.

Außer dem bereits im Abschn. 9 Gesagten läßt sich hier noch folgendes anführen.

Wenn wir davon ausgehen, daß im Besitzamte kein Grundbuch bestand, haben wir die einfachste Erklärung für das Vorhandensein der zahlreichen Handscheine über Verkauf von Grund- und Hausbesitz³⁾. Zwar macht Mitteis darauf aufmerksam⁴⁾, daß auch heutzutage oft genug Grundstücke, die im Grundbuche stehen, zunächst außerbücherlich veräußert werden; die Form der ägyptischen Handscheine aber und die Tatsache, daß den ägyptischen Handscheinen so oft durch den ἀρχιδικαστής in Alexandria auf Antrag die notarielle Kraft nachträglich⁵⁾ verliehen werden mußte, sodaß doppelte Mühe und vermehrte Kosten (schon wegen des weiten Weges nach Alexandria) entstanden, spricht doch gegen eine bloß vorläufige Beurkundung⁶⁾. In *P. Lips.* I 10 z. B. erhält ein Handschein über Darlehen mit Verpfändung von

1) Vgl. hierzu die Besprechung dieses Papyrus bei Wenger, *Vierteljahrsschr. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1911 S. 195f. Wenger vertritt die Auffassung, daß das Besitzamt ein Grundbuch geführt habe, und daß hier grundbücherliche Eintragungen in Frage stehen.

2) Etwas anders erklärt die Urkunde Mitteis, *Chrestom.* II Nr. 199a Einl.

3) Vgl. die Beispiele bei Eger, *Grundbuchwesen* S. 95 ff. Mitteis, *Grundzüge* S. 108.

4) *Berichte der phil.-hist. Klasse Ges. Wiss.* Leipzig 1910 S. 254.

5) *Girowesen* S. 295.

6) Mitteis, *Grundzüge* S. 110, verweist auch auf die Ähnlichkeit des Handscheinwesens mit dem französischen Transkriptions- und Inskriptionssystem, deren Beurteilung ich den Juristen überlassen muß.

Ackerland, ausgestellt im Jahre 178, die notarielle Kraft erst im Jahre 240 n. Chr. Diese Hypothek ist also 62 Jahre hindurch im Besitzamte nicht verbucht gewesen¹⁾.

Aber auch Notariatsverträge, denen das Besitzamt ohne weiteres offen stand, wurden nicht immer in das Besitzamt gebracht; der in *P. Lips.* I 9 erwähnte Girobankvertrag vom Jahre 220 n. Chr. war, wie im Jahre 233 festgestellt wird, bis dahin im Besitzamte nicht hinterlegt worden²⁾.

In solchen Fällen handelt es sich um die Frage der subjektiven Vollständigkeit des Grundbuches. Daß aber auch die objektive Vollständigkeit nicht bestand, zeigt *CPR* 9 (271 n. Chr.). Wie ich schon im *Girowesen* S. 287f. hervorgehoben habe, ist dieser Papyrus ein Handschein über den Verkauf eines Hauses in Hermupolis. Hier heißt es (Z. 17 ff.); ἡ [πρῶσις κυρία ἔστω, ὡς ἐν δημοσίῳ ἀρχ]είῳ κατακειμένη, [ἣν καὶ τρισσὴν ἐξεδόμ]ην, (καὶ) ἐντεῦ[θεν εὐδοκῶ τῇ ἐσομένη] δημοσιώσει, zu deutsch: „dieser Kaufvertrag soll rechtskräftig sein mit derselben Wirkung, als wenn er im staatlichen Besitzamte liegen würde, auch habe ich dir diesen Vertrag in drei gleichlautenden Ausfertigungen eingehändigt, ferner erkläre ich mich schon jetzt damit einverstanden, daß (wenn es nötig werden sollte) die öffentlich-notarielle Bestätigung dieses Handscheines (durch den ἀρχιδικαστής) nachträglich noch erfolgt“. Die Partner hofften offenbar, daß die δημοσίωσις werde entbehrt werden können; dafür spricht auch die Aushändigung von drei Ausfertigungen an den Käufer, sowie die Wendung κυρία ἔστω ὡς πλ. Der Handschein sieht demnach nicht so aus, als wenn er eine bloß vorläufige Urkunde wäre.

Da Handscheine vom Besitzamte ausgeschlossen sind, so hat der Käufer in *CPR* 9 auch gar nicht den Wunsch, daß er als neuer Besitzer des Hauses im Besitzamte erscheint. Daraus dürfen wir wiederum folgern, daß das Haus im Besitzamte objektiv gar nicht verbucht³⁾ stand, denn sonst wäre es unbegreiflich, daß der neue Besitzer die Löschung des Namens des alten Besitzers nicht wünscht⁴⁾.

Alle diese Verhältnisse finden ihre einfachste Erklärung, wenn man vom Grundbuche Abstand nimmt und davon ausgeht, daß es jedem Besitzer von Immobilien und Mobilien freistand, seinen Besitz in das Besitzamt zu bringen oder nicht zu bringen. Mit dieser Auffassung stimmt auch überein, daß das Besitzamt wegen verspätet einlaufender oder ganz

1) Vgl. dazu meine Ausführungen im *Girowesen* S. 398 ff. über *P. Lond.* III S. 118 Nr. 940.

2) *Girowesen* S. 405.

3) Weitere Beispiele, die gegen die objektive Vollständigkeit sprechen, siehe *Girowesen* S. 288 Anm. 1.

4) Vgl. *Girowesen* S. 288.

unterlassener Meldung niemals den beteiligten Besitzer tadelt, und daß auch die Besitzer wegen Verspätung niemals ein Wort der Entschuldigung finden. Man ist sich auf beiden Seiten bewußt, daß Unterlassungen eben nicht vorhanden sind.

Daß die gewöhnlichen *ἀπογραφαι* freiwillige Vermeldungen sind, scheint mir auch daraus hervorzugehen, daß das Besitzamt bei Entgegennahme derselben, wenn wegen obwaltender Bedenken Vorbehalte zu machen sind, sich einfach darauf beschränkt, in der Quittung über Empfang der *ἀπογραφή* den Vorbehalt auszusprechen, anstatt dem Melder Weisung zu geben oder in anderer Weise dafür einzutreten, daß die Richtigstellung auch wirklich und baldigst erfolge. An dem Beispiele *P. Lond.* III S. 118 Nr. 940 (226 n. Chr.) habe ich im *Griewesen* S. 398 ff. näher auseinandergesetzt, daß es dem Besitzamte ganz gleichgültig ist, ob ein solcher Vorbehalt beseitigt wird oder nicht. Erfolgt die Beseitigung nicht, so wiederholt aber das Besitzamt denselben Vorbehalt bei Gelegenheit der nächsten, denselben Besitz betreffenden *ἀπογραφή*; doch macht das Besitzamt auch bei der Wiederholung keinerlei amtlichen Einfluß geltend, um den Vorbehalt verschwinden zu lassen. Die Gefahr für Richtigkeit der *ἀπογραφή* fällt eben allein auf den meldenden Besitzer, auf ihn allein entfällt auch die aus dem Bestehenlassen der Vorbehalte etwa entspringende Gefahr.

In *BGU* I 94, 5 heißt es, daß ein Katökengrundstück veräußert werde, *κατὰ τήνδε τήν ὁμολογίαν καὶ διὰ τῆς τῶν [ἐγκτήσεων βιβλιοθήκης]*¹⁾. Ebenso lautet *CPR* 175, 5: *κατὰ τήνδε [τὴν ὁμολογίαν] καὶ διὰ τῆς τῶν [ἐγκτήσεων βιβλιοθήκης]*. Wäre es Verwaltungsgrundsatz, daß jeder Privatgrundbesitz in einem Grundbuche objektiv und subjektiv laufend richtig verbucht stehen muß, so verstünde man nicht, wie Käufer und Verkäufer dazu kommen, die Worte *καὶ διὰ τῆς τῶν ἐγκτήσεων βιβλιοθήκης* so stark betont anzufügen. Dieser Zusatz bekommt aber eine wertvolle Bedeutung, wenn man die Vermeldung als freiwillig betrachtet, denn dann bedeutet jener Zusatz eine stärkere Bindung des Verkäufers insofern, als die Bindung nicht bloß durch den vorliegenden Vertrag geschehen soll, sondern auch dadurch, daß der Besitzübergang nach dem Willen beider Vertragspartner noch im Besitzamte behördlicherseits festgenagelt werden soll.

Unter diesem Gesichtspunkte versteht man auch besser *P. Basel* 7, 7 (Rabel, *Die Verfügungsbeschränkungen des Verpfänders*): *[ἐφ' ὑποθήκῃ ὧν ἀπεγράψατο διὰ τῆς τῶν ἐγκ[τ]ήσεων β[ιβλ]ιοθήκ[ης] τῶν ὑπαρχόντων αὐτῇ ἐν τῇ προ[κειμένη] κώμῃ ἐδαφῶν(?) κτλ.]*. Hier wird ausdrücklich der Umstand hervorgehoben, daß es sich um ein Grundstück handle, dessen Vermeldung an das Besitzamt vorgenommen worden sei, weil bei der bestehenden Freiwilligkeit der Vermeldungen dieser Umstand von Wert ist.

1) Wegen der Ergänzung vgl. *BUG* II S. 353.

Noch deutlicher geht die Freiwilligkeit aus *P. Soc. Ital.* 74 hervor: τάντην δὲ βουλόμενος προσφωνηθῆναι τοῖς) τῶν ἐνκτήσεων τοῦ Ὀξύρρυγχείτου νομοῦ βιβλιοφύλαξιν, ἀξιῶ ἀναλαμβάνοντας παρ' ἐμοῦ τὴν ὁμολογίαν ὑπογεγραμμένην κτλ. Das βουλόμενος kann doch nur so verstanden werden, daß hier eine freiwillige Entschließung des Besitzers vorliegt, und da die Urkunde an die Adresse des Staatsnotariates gerichtet ist, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Antragsteller mit seiner freiwilligen Entschließung auf dem Boden der bestehenden Ordnung sich befindet.

Die Freiwilligkeit bezeugt auch *CPR* 26, 1, wo es nach den von Zereteli am Originale gewonnenen und mir brieflich mitgeteilten neuen Lesungen heißt: [καὶ ποιήσεται ἀπὸ τοῦ νῦν, ὁπότε ἐὰν] βούληται, ἢ θ]υγ(άτηρ) Ἀφροδιτοῦς δι[ὰ τ]ῆς βιβλιοθήκης ἀπογο(αφήν) τῶν ὅλων κλήρον [κατοικικοῦ κτλ.]. Die Ergänzungen stützen sich auf *CPR* 24, 33: [καὶ] ποιήσῃται ἀπὸ τοῦ] νῦν, ὁπότε ἐὰν βούληται, ἢ θυγ(άτηρ) Ἀφροδιτοῦς διὰ [τ]ῆς βιβλιοθήκης ἀπογο(αφήν) κτλ.]. Die Worte ὁπότε ἐὰν βούληται können nur besagen, daß es dem Grundbesitzer freistand, seinen Grundbesitz zu vermelden oder nicht zu vermelden.

Das Hineinbringen eines Besitzes in das Besitzamt war also Sache des freien Willens, ebenso natürlich das Herausnehmen aus dem Besitzamte. War aber eine freiwillige ἀπογραφή geschehen, so hatte sie, solange der Besitz im Besitzamte stand, zur Folge, daß der Besitzer nicht ohne Vorwissen des Besitzamtes Änderungen des vermeldeten Besitzes vornehmen durfte. Es ist das selbstverständlich, weil sonst der Inhalt der im Besitzamte lagernden Urkunden bzw. der Inhalt der Bestandsliste des Besitzamtes mit dem tatsächlichen, außerhalb des Besitzamtes vorhandenen Besitztume nicht übereinstimmen würde. Ich bin überzeugt, daß derselbe Grundsatz auch schon zur Zeit des ptolemäischen Hüters gegolten hat, weil sonst der Hüter die oben (S. 408) genannten Pflichten nicht hätte erfüllen können. In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz heißt es z. B. in der freiwilligen ἀπογραφή *BGU* 112 (um 59 n. Chr.): ὅτι δ' ἂν ἀπὸ τούτων ἐξοικονομήσω ἢ καὶ προσαγοράσω (Verringerung oder Vergrößerung des Besitzes), πρότερον προσαγγεῶ, ὥς ἐκελεύσθῃ. Das ἐκελεύσθῃ deutet an, daß dieser Grundsatz in die Form einer gesetzlichen Vorschrift gekleidet war. Partsch, *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 743, folgert aus jenem Satze zu Unrecht, daß die Erklärung abgegeben werde, „weil die Verwaltung möglichst Veräußerung außerhalb des Buches verhindern will“. Vielmehr haben wir hier den einfachen Verwaltungsgrundsatz, daß Dinge, die in einer Liste verbucht sind (Sollbestand), stets mit den Dingen draußen (Istbestand) übereinstimmen müssen.

Die Regierung verlangte also eine fortlaufende Richtigstellung nur in

Hinsicht des verbucht stehenden Besitzes jeglicher Art. Pflichtmäßig war demnach die *προσαπογραφή* für denjenigen Besitzer, der die freiwillige *ἀπογραφή* seines Besitzes zuvor eingebracht hatte. In Wirklichkeit freilich mag diese Vorschrift oft genug unbeachtet geblieben sein.

Wer seinen Besitz freiwillig in das Besitzamt gebracht hatte, war natürlich verpflichtet, wenn das Besitzamt in Unordnung geraten war, nach vorangegangener Verordnung des Statthalters — wie im Falle des Mettius Rufus —, noch einmal anzugeben, welchen Besitz er denn eigentlich im Besitzamte liegen hatte. Letzteres geschah durch die pflichtmäßigen *ἀπογραφαί*, die sich von den freiwilligen durch das Fehlen der Belegurkunde unterscheiden¹⁾.

13. Betriebsdienstliche Fachausdrücke des Besitzamtes.

Im praktischen Dienste einer jeden Behörde und einer jeden kaufmännischen Anstalt sind Fachausdrücke in Gebrauch, die der praktische Dienst selber prägt, und die darum die Praxis widerspiegeln. Man kann infolgedessen aus diesen Ausdrücken Rückschlüsse auf die praktische Handhabung des Dienstes ziehen. So dürfen auch die Fachausdrücke des ägyptischen Besitzamtes zur Erklärung des Betriebsdienstes herangezogen werden.

Wiederholt wird das Besitzamt in Eingaben des Publikums²⁾ nicht *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* genannt, sondern *βιβλιοφυλάκιον*. Dieser Ausdruck bedeutet ganz allgemein „Urkundenverwahrnalt“. Jene Eingaben betreffen Grundstücksangelegenheiten, die, wenn das Besitzamt ein Grundbuchamt wäre, im Grundbuche verbucht werden müßten; wäre nun „*βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*“ der technische Sonderausdruck für „Grundbuchamt“, so müßte das Publikum — sollte man meinen —, gerade wenn es sich um eine Grundbuchsache handelt, doch den engeren Begriff „*βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*“ gegenüber dem allgemeineren Begriffe „*βιβλιοφυλάκιον*“ bevorzugen. Daß das nicht geschieht, deutet darauf hin, daß das Publikum an ein Grundbuch gar nicht dachte, daß ihm vielmehr das Besitzamt lediglich als Verwahrnalt vor Augen stand.

Sogar das Besitzamt selber gebraucht in dienstlichen Schriftsätzen den Ausdruck *βιβλιοφυλάκιον*, sodaß an eine Ungenauigkeit im Munde des Publikums nicht gedacht werden kann; so in *P. Strassb.* I 56 (2. Jahrh. n. Chr.), wo es heißt (Z. 12 f.): *εἰ μέντοι ἀπεδόθησαν μέχρι δεῦρο, ἀγνο[ε]ῖν τῷ μὴ [π]αρακεῖσθαι τῷ βιβλιοφυλακίῳ*³⁾, „ob (die Kauf-

1) Siehe oben S. 432 sowie *Girowesen* S. 372ff. und S. 392.

2) *P. Class. Phil.* 1906 S. 168 Nr. II. *BGU* 243, 15. *P. Hamb.* 16, 22 usw. Vgl. auch *P. Oxy.* II 237 an mehreren Stellen.

3) Ebenso im Papyrus Mitteis, *Chrestom.* II Nr. 196, 11 (307 n. Chr.).

gelder) bislang abgetragen worden sind, weiß man nicht, weil beim Besitzamte darüber keine Urkunde vorliegt“.

Der Statthalter Ti. Julius Alexander bezeichnet in seinem Erlasse¹⁾ vom Jahre 68 n. Chr. die Besitzämter gleichfalls mit einem allgemeinen Ausdrücke, nämlich *δημόσια γραμματοφνλάκια*. In dieser frühen Zeit waren in vielen Gauen die Besitzämter noch räumlich bzw. verwaltungstechnisch mit den Staatsarchiven vereinigt (siehe oben S. 416 ff.); um die selbständigen *βιβλιοθήκαι ἐγκτήσεων* und die mit den *βιβλιοθήκαι δημοσίων λόγων* vereinigten Besitzämter gemeinsam zu benennen, wählte er jenen allgemeinen Ausdruck.

Auf die dienstlichen Verrichtungen des Besitzamtes beziehen sich zwei Gruppen von Fachausdrücken, deren eine die Handlung bezeichnet, die der Beamte des Besitzamtes ausführt, wenn er die entgegengenommene Urkunde in das zur Verwahrung dienende Fachwerk mit seiner Hand hineinlegt, deren andere das nach Erledigung dieser Handlung stattfindende Ruhen der Urkunde im Fachwerke bezeichnet. Das geschehene Hineinlegen bescheinigt der Beamte unter Verwendung der Fachausdrücke „κατακεχώρικα“ oder „κατεχώρισα“. Von der Urkunde, die in das Fachwerk hineingelegt worden ist, sagt man „παρετέθη“ oder „ἐνετέθη“, von der im Fachwerk ruhenden Urkunde sagt man „παράκειται“ oder „διάκειται“ oder „κατάκειται“ oder „ἐν καταχωρισμῷ ἐστίν“. Die Niederlegung selber heißt „παράθεσις“.

Da alle diese Ausdrücke nicht nur in Hinsicht von Mobilien, sondern durchweg auch in Hinsicht von Immobilien Anwendung finden, so sind diejenigen Gelehrten, welche dem Besitzamte ein Grundbuch zuschreiben, genötigt, ebendiese Ausdrücke mit der Eintragung von Immobilienbesitzrechten in das Grundbuch in Verbindung zu bringen. Deshalb sagt Lewald²⁾, daß Ausdrücke wie „*τῶν ἀπογραφομένων οὐ διακειμένων ἐν ὀνόματι τοῦ δεῖνα*“ oder „*παράκεισθαι τῷ ὀνόματι τοῦ δεῖνα*“ die termini technici für unser „eingetragen sein“ darstellen; ebenso bringt Mitteis³⁾ die Ausdrücke „*παράθεσις*“ und „*παράτιθέναι*“ mit der Eintragung der Rechtsänderung in das Besitzamt — im Sinne eines Grundbuches — zusammen und sieht den durch die Eintragung geschaffenen bücherlichen Zustand im Ausdrucke *παράκεισθαι* (bei iura in re aliena) oder *διακεῖσθαι* (beim Eigentume).

Was zunächst *καταχωρίζειν* anbetrifft, so kann dieser Ausdruck, wie zahlreiche Belegstellen zeigen, sowohl das „Hinstellen“ oder „Einordnen“ einer körperlichen Sache, als auch das „Eintragen“ oder „Einzeichnen“ eines Vermerkes in eine Liste oder dgl. bedeuten. Die Doppelbedeutung rührt aber daher, daß im Betriebsdienste Sachen, die zur

1) Dittenberger, *Or. gr. inscr.* II 669, 23.

2) *Grundbuchrecht* S. 22. — 3) *Grundzüge* S. 101.

Verwahrung oder Einordnung kommen, allemal auch zugleich in irgendwelchen Übersichten aufgezeichnet werden. Im Betriebe der Archive ist die erstere Bedeutung tonangebend, weil das Hinlegen die Hauptsache ist, während das Aufzeichnen (in einer Bestandsliste) nur die notwendige Folge des Hinlegens bildet. Wenn der Statthalter Titianus in *P. Oxy.* I 34 Col. II, 10 (127 n. Chr.) anordnet: „καταχωρίζεσθαι ὅν εἰς ἀμφοτέρους τὰς βιβλιοθήκας¹⁾ τὰ συναλλάγματα οἱ πραγματευόμενοι“, so kann man dieses καταχωρίζειν nur durch „einverleiben“ übersetzen. Auch Mitteis²⁾ übersetzt hier das Wort durch „hinterlegen“. Der ὑπηρέτης in *P. Par.* 62 = Wilcken, *Chrestom.* Nr. 41 (232 n. Chr.) setzt unter die Amtstagebücher des Strategen den Vermerk: „ὁ δεῖνα ὑπ(ηρέτης) προθεῖς δημοσίᾳ κατεχώρισα“, d. h. er bescheinigt, daß er die Tagebücher, nachdem sie die vorgeschriebene Zeit öffentlich ausgelegt waren, in das Staatsarchiv „einverleibt“ habe, natürlich unter gleichzeitiger Verbuchung in der Bestandsliste. In diesen Zusammenhang gehört auch ein unveröffentlichter Leipziger Papyrus, den Wilcken, *Chrestom.* S. 60, zitiert (135/6 n. Chr.): ἀναγραφὴ [ὑπομνη(ματισμοῦ)] καταχωρισθέντος ἐς τὴν ἐν [Πα]τριακοῖς [βιβλιοθήκ]ην, sowie eine von Plaumann³⁾ wiedergegebene Inschrift (76/5 v. Chr.), wo ein höherer Beamter an die Stadt Ptolemais schreibt: τῆς μετενηνεγμένης ἐφ' ἡμᾶς ἀπαγγελίας σὺν τῷ πρὸς αὐτὴν προστεταγμένῳ ἀντίγραφον ὑπόκειται, ὅπως εἰδότες καταχ[ω]ρίσῃτε ἐν τῷ παρ' ὑμῖν δημοσίῳ, ὡς καθήκει. Auch hier dachte derjenige, der den Ausdruck καταχωρίζειν anwendete, an das Einverleiben, nicht an das selbstverständlich nachfolgende oder nebenhergehende Verbuchen der einverlebten Urkunde⁴⁾. Das zeigt auch *BGU* 562, 22 (2. Jahrh. n. Chr.), woselbst die Richtigkeit einer Abschrift aus den Epikrisis-Akten des Staatsarchives bescheinigt wird mit den Worten: ὁ δεῖνα ἐξέλαβα τὰ προκείμενα (ἀντίγραφα) σύμφωνα τοῖς ἐν καταχωρισμῷ, d. h. „übereinstimmend mit den Akten, die im Staatsarchive in Verwahrsam sind“. Der Schriftsatz, wovon mit den Worten „ἐν καταχωρισμῷ“ die Rede ist, und wovon eine Abschrift genommen wird, ist nicht die Eintragung (Auszug) in der Bestandsliste oder in einer sonstigen Übersicht, sondern die Urkundenrolle selber, die im Fachwerke lagert,

1) Gemeint sind die Ἀδριανὴ βιβλιοθήκη und das Ναναῖον zu Alexandria. Vgl. zur Sache *Girouesen* S. 284 und 300, sowie Mitteis, *Chrestom.* Nr. 188.

2) *Chrestom.* S. 203. — 3) *Ptolemais* S. 35.

4) Wilhelm, *Beiträge zur griech. Inschriftenkunde* S. 290, sagt: „die Aufnahme einer Urkunde unter anderen, seien es die des Archives oder Veröffentlichungen, wird, vom Standpunkte des Beamten aus, der sie besorgt, durch κατατάσσειν, καταχωρίζειν bezeichnet; vom Standpunkte der Aussteller aus, die sie ihm übergeben oder die Aufnahme in ihrer eigenen amtlichen Eigenschaft vornehmen oder veranlassen, durch τίθεναι, ἀπο- und κατατιθέναι und -τιθεσθαι, καταβάλλειν und καταβάλλεσθαι“.

d. h. das Original. Gleichwie im Staatsarchive (δημοσία βιβλιοθήκη), so denkt man auch im Besitzamte (βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων), wenn man das Wort καταχωρίζειν anwendet, an das Hinterlegen oder Verwahren.

Noch sinnfälliger als καταχωρίζειν sind die Komposita von κείσθαι, nämlich παρακείσθαι, κατακείσθαι und διακείσθαι¹⁾. Das κείσθαι deutet auf das Lagern der Rollen im Gestelle hin. Wenn es z. B. in BGU 265, 16 (148 n. Chr.) von den im Staatsarchive verwahrten Epikrisis-Urkunden heißt: [ἃ δὲ παρέθετο δικαίωματα τῷ προγεγραμμένῳ] Σ[α]β[ῆ]ινος, ἐκάστῳ ὀνόματι παράκειται, so ist von den Berechtigungs-Urkundenrollen die Rede, die unter dem Namen eines jeden Berechtigten im Fachwerke lagern. Man muß sich vorstellen, daß die Namen der Berechtigten auf einem Täfelchen oder Papyrusstreifen (σίλλυβος) aufgeschrieben standen, etwa in alphabetischer Reihenfolge, sodaß man im Vorübergehen die Namen leicht ablesen und die gesuchten Rollen bequem herausfinden konnte²⁾; darum heißt es von der Rolle: παράκειται ὀνόματι τοῦ δεινῶ.

Wie im Staatsarchive, so war es auch im Besitzamte. In P. Lips. I 9, 31 (233 n. Chr.) erklärt das Besitzamt: τῶν ἀπογραφόμενων ἀφη- [λίκ]ων τριῶν οὐ διακειμένων ἐν ὀνόματι τῆς ὑποχρέου, d. h.: „die drei unmündigen Kinder liegen (mit ihrer Forderung) nicht im Fachwerke bei dem Namen der Schuldnerin“, oder „die Forderungsurkunden der drei Kinder sind im Besitzamte nicht vorhanden, weil sie sich nicht da vorfinden, wo sie liegen müßten³⁾, falls sie vorhanden wären, nämlich bei dem Namentäfelchen der Schuldnerin, woselbst die Besitzurkunden der Schuldnerin liegen, darunter auch die Urkunde über denjenigen Grundbesitz, der den drei Kindern verpfändet ist“. Mitteis⁴⁾ erklärt das διακείμενον in diesem Falle als das „Eingetragensein“ im Grundbuche. Ich glaube nicht, daß wir hier an eine bücherliche Eintragung denken dürfen, obgleich diese Eintragung (in die Bestandsliste) — wie wiederholt erwähnt werden möge — stets als selbstverständliche Begleiterscheinung nebenherging. Das zeigt auch der oben (S. 440) zitierte P. Strassb. I 56 (2. Jahrh. n. Chr.): τῷ μὴ [π]αρακείσθαι τῷ βιβλιοφυλακίῳ, denn diese Wendung kann nur auf das Nichtvorhandensein einer körperlichen Urkunde in den Räumen des Besitzamtes hinzielen.

Was den Fachausdruck παράθεσις betrifft, so sei zunächst daran erinnert, daß von παρατιθέναι sowohl παράθεσις als auch παραθήκη abzuleiten ist. Es ist παραθήκη der Gegenstand, den man in Verwahrung gibt⁵⁾, und παράθεσις die Handlung oder auch der Zu-

1) Girowesen S. 457. — 2) Vgl. Girowesen S. 457.

3) Girowesen S. 464. — 4) Grundzüge S. 101.

5) Vgl. die Beispiele bei Mitteis, Chrestom. Nr. 331 ff. Vgl. auch P. Lips. 121, 4 (151 n. Chr.): πρὸς [] παραθέσθαι τὰς ἀποχὰς τῶν καταχωρισθέντων ἐν' ἐμοῦ [].

stand, der bei Hingabe des Gegenstandes entsteht¹⁾. In *P. Thead.* 3, 16 (299 n. Chr.) z. B. erklärt der Käufer einer Eselin, das Junge als Verwahrhut²⁾ empfangen zu haben: ἔχιν(ν) με δὲ τὸν Σακαῶνα τ[ό]ν τα[ύτ]ης (d. i. Eselin) πῶ[λ]ον ἐν παραθήσει, ἕως ἀπογαλακτισθῇ, καὶ ἀποκαταστήσω σοι αὐτὸν πλ. Dementsprechend ist der Fachausdruck παράθεσις auch im Giroverkehre gang und gäbe, sowohl beim Korngiro, als auch beim Geldgiro, denn der Giroverkehr setzt die Hinterlegung einer Summe Kornes oder Geldes beim Staatsspeicher oder bei der Bank voraus³⁾. In *P. Oxy.* III 533, 8 ff. (2./3. Jahrh. n. Chr.) trifft ein Landmann in einem Briefe an seine Angehörigen folgende Anordnung: αἱ πρόσοδοί μου αἱ διὰ τῶν γεωργῶν διαστ[αλ]εῖσθαι ἢ παρὰ τῷ ταμείῳ ἐν π[α]ραθήσει λογισθῆναι ἢ ἐν ἀσφαλει [ἐσ]τωσαν παρὰ [τοῖς] γεωργοῖς, d. h. „die Pächter sollen den Pachtzins entweder beim Fiskus (Staatsspeicher) in Verwahrung geben (als Giro Guthaben auf das Konto des Verpächters einzahlen), oder bei sich (den Pächtern) vorläufig an gesichertem Orte lagern lassen“.

Hinsichtlich des Besitzamtes erklärt Lewald⁴⁾ den Ausdruck παράθεσις als „Eintragung“ in das Grundbuch; ebenso Eger⁵⁾. Mitteis⁶⁾ hält es nicht für zweifellos, ob jede Eintragung παράθεσις genannt wurde oder diese Bezeichnung nur gewissen Arten von Eintragungen zukam; er bezieht aber ebenfalls die Eintragungen auf das Grundbuch. Ich glaube, daß wir am richtigsten verfahren, wenn wir die παράθεσις auch im Besitzamte als das auffassen, was sie überall außerhalb des Besitzamtes ist, und was auch im Worte von Hause aus liegt, nämlich die Verwahrung.

In *P. Oxy.* III 713, 35 (97 n. Chr.) meldet jemand seine Anrechte auf ein Grundstück beim Besitzamte an, mit dem Antrage, zur Sicherung seiner Anrechte das (im Besitzamte hinterlegte) Grundstück zu sperren⁷⁾: ἀπογράφουμι καὶ αὐτὸς πρὸς παράθεσιν κατοχὴν τῶν — ἀρουρῶν τεσσάρων, d. h. „ich vermelde hiermit zum Zwecke der Hinterlegung (Verwahrung) die Sperre der vier Aruren“, d. h. „ich beantrage, daß dieser mein Sperrantrag mit rechtlicher Wirkung im Fachwerke des Besitzamtes dort niedergelegt werde, wo unter dem Namensschildchen des Besitzers dessen Besitzurkunde über die vier Aruren liegt“. Am Kopfe dieses Sperrantrages⁸⁾ steht, von der Hand eines Beamten des Besitzamtes

1) *P. Lond.* III S. 175 Nr. 943, 5 (227 n. Chr.).

2) Weitere Beispiele: *P. Lond.* III S. 175 Nr. 943, 5 (Geldsumme); *P. Strassb.* I 54, 4 (Kornsumme).

3) Vgl. *Girwesen* S. 62 ff. und 185 ff. — 4) *Grundbuchrecht* S. 39.

5) *Grundbuchwesen* S. 131. — 6) *Grundzüge* S. 101.

7) Vgl. dazu *Girwesen* S. 462 f.; Mitteis, *Chrestom.* Nr. 314 Einl.

8) Über die Sperranträge im allgemeinen siehe *Girwesen* S. 461 ff. Mitteis, *Grundzüge* S. 96 ff.

geschrieben, der Vermerk „παρετέθ(η)“. Wenn es in *P. Gen.* 44, 16 (260 n. Chr.), einem Gesuche an den Direktor des Besitzamtes, von einem Hausanteile (μέρος οἰκίας) heißt: διακείμενο[ν] κατὰ παράθεσ[ι]ν διὰ σοῦ — ἐπ’ [ὄν]όματος τοῦ δεῖνα, so kann das ebenfalls nur bedeuten, daß die Urkunde über das Hausteilbesitzrecht gemäß einer durch den Beamten vorgenommenen Niederlegung bei dem Namentäfelchen des N. lagerte¹⁾.

Alle die vorstehend behandelten Ausdrücke deuten also darauf hin, daß das Verwahren die Hauptsache ist, um die es sich dreht; das Verbuchen der verwahrten Urkunden und ihres Inhaltes (in einer Bestandsliste) ist die Nebenerscheinung. Umgekehrt sehen diejenigen Gelehrten, welche am Grundbuche festhalten, in dem Verbuchen (im Grundbuche) die Hauptsache, in dem Verwahren der zugehörigen Urkunde die Begleiterscheinung²⁾. Wäre aber das Verbuchen in einem Grundbuche die Hauptsache, so müßten wir wohl erwarten, daß diese Hauptsache in den Fachausdrücken deutlich erkennbar sei, d. h. daß uns Komposita von γράφειν, nicht von τιθέναι oder κείσθαι begegnen. Wir wissen aus den Papyri, daß im Kanzleidienste die verschiedenartigsten Komposita von γράφειν in Gebrauch waren, wenn es galt, das schriftliche Festlegen irgend einer Sache auszudrücken (καταγράφειν, ἀναγράφειν, παραγράφειν, διαγράφειν, ὑπογράφειν, προγράφειν, ἀπογράφειν, ἀντιγράφειν usw.); da wäre es merkwürdig, wenn man gerade für den wichtigen Grundbuchdienst von der Regel abgewichen sein sollte.

14. Grundsätze des Verwahrdienstes.

Ich bemerkte schon oben (S. 407 f.), daß die Pflichten des ptolemäischen Hüters (συγγραφοφύλαξ) sich nicht auf das Verwahren der Urkunden beschränkten, sondern darüber hinausgehend sich auf Dinge bezogen, die eine Kenntnis und Beachtung des Textes voraussetzten. Die ältesten ptolemäischen Urkunden sind Doppeltexte, die gleichlautend auf demselben Papyrusblatte stehen; der eine Text (Innentext) wurde eingerollt und versiegelt, der andere (Außentext) ebenfalls gerollt, aber nicht versiegelt³⁾. Beide Texte stehen auf derselben Blattseite. Den unversiegelten Text konnte der Hüter und jeder andere Beteiligte jederzeit einsehen. Hatte jemand Verdacht, daß der nicht versiegelte Text durch Abwaschen einzelner Worte und Einfügen eines neuen Textes nachträglich gefälscht sei, so konnte man, unter Zuziehung der Zeugen, die den Innentext versiegelt hatten, zur Öffnung des versiegelten Teiles schreiten.

1) Anders Mitteis, *Chrestom.* Nr. 215 Einl. Vgl. zu dieser Frage auch die ausführlichen Erörterungen von Eger, *Grundbuchwesen* S. 131 ff.

2) Vgl. *Girouesen* S. 292 Anm. 2.

3) Mitteis, *Röm. Privatrecht* I S. 300 f.

Der unversiegelte Text (Außentext) war für den Hüter dienstlich von besonderem Werte. Wenn der Hüter als Vertragszeuge (siehe oben S. 406) sich auch erinnern mochte an das, was beim Vertragsschlusse unter den Vertragspartnern ausgemacht worden war, so war diese Erinnerung, zumal wenn zahlreiche Urkunden zu hüten waren, eine unsichere Grundlage bei Aussagen vor Gericht oder anderswo; da bildete der unverschlossene Text für den Hüter ein notwendiges Hilfsmittel, um ihm die Erfüllung seiner Pflichten in Hinsicht des textlichen Inhaltes zu erleichtern.

Im Laufe der Zeit kürzte¹⁾ man den Innentext, indem man diesen Text auf die hauptsächlichsten Punkte der Abmachungen beschränkte. Dieser Vorgang ist erklärlich. Je mehr die Tätigkeit des Hüters an Bedeutung gewann durch die Sicherheit und Zuverlässigkeit, die er bot, und je mehr man erkannte, daß seine auf den unverschlossenen Außentext sich stützende Fürsorge für die Interessen des Urkundenhinterlegers und des Staates sich bewährte, sodaß fast niemals ein Öffnen des versiegelten Textes einzutreten brauchte, desto unbedenklicher durfte man zu jener Kürzung des Innentextes schreiten.

Als die Römer den Hüter durch das Besitzamt ersetzten, schufen sie erhöhte Sicherheitsmaßregeln, wie sie in dieser Vollkommenheit der ptolemäische Hüter, der ja kein Beamter war, unmöglich schaffen konnte. Die Folge davon war, daß ein versiegelter Innentext gänzlich entbehrt werden konnte. Jetzt werden die Urkunden dem Besitzamte offen überreicht²⁾ und beim Besitzamte nur in einer einzigen Ausfertigung verwahrt. Sogar Abschriften waren zulässig (siehe unten S. 457).

Die erwähnte, auf die Urkundentexte gestützte Fürsorge des ptolemäischen Hüters für die Interessen des Staates und des Urkundenhinterlegers, seines Auftraggebers, ist nach diesen beiden Richtungen hin auf das römische Besitzamt übergegangen. Auch dieses hat nicht nur die ihm anvertrauten körperlichen Urkunden gegen Verlust, Beschädigung und Fälschung zu schützen, sondern auch die in den Urkunden verbrieften Besitzrechte der Urkundenhinterleger gegen die Angriffe Unberechtigter zu vertreten³⁾, in Hinsicht des Urkundeninhaltes vor den Behörden Zeugnis abzulegen⁴⁾, an Berechtigte über den Inhalt der Urkunden Auskunft zu erteilen⁵⁾ und dafür zu sorgen, daß die Interessen des Staates nicht geschädigt werden⁶⁾. Darum darf man das Besitzamt als ein bloßes Archiv nicht bezeichnen.

1) G. A. Gerhard, *Philol.* 63 (1905) S. 501f. Mitteis, a. a. O. S. 300.

2) Ausgenommen waren versiegelte Testamente (vgl. oben S. 421).

3) *Griewesen* S. 292. — 4) *Griewesen* S. 290. Mitteis, *Chrestom.* II Nr. 196.

5) *Griewesen* S. 293 und 291 Anm. 1. Vgl. oben S. 434f.

6) Das zeigt besonders die öfter anzutreffende Wendung: τῆς πρωτοπραξίας φυλασσομένης τῷ φόρῳ καὶ τῷ πολιτικῷ λόγῳ κτλ. Siehe darüber Eger, *Grundbuchwesen*, S. 153; Preisigke, *P. Strassb.* I 34 Einl. S. 126.

Daß die dem Urkundentexte gewährte Sicherheit im römischen Besitzamte größer war als unter dem ptolemäischen Hüter, hängt damit zusammen, daß die römische Regierung zur Erreichung dieses Zieles die öffentlichen Notariate (Staatsnotariate und Girobanknotariate) zur Mitwirkung heranzog und drei wichtige Grundsätze aufstellte, nämlich: das Besitzamt öffnet sich nur solchen Urkunden, die vor einem öffentlichen Notare aufgesetzt sind¹⁾, ferner: die Notare bedürfen zur Vertragsaufsetzung einer Ermächtigung des Besitzamtes (siehe oben S. 424) und schließlich: die öffentlichen Notare sind verpflichtet, von jeder bei ihnen aufgesetzten Urkunde einen Inhaltsauszug (Vertragsmelderolle) an das Besitzamt einzusenden (siehe unten S. 457). So war das Besitzamt imstande, jede vom Privatbesitzer zur Verwahrung eingereichte Urkunde auf ihre Richtigkeit und Berechtigung durch Vergleichen mit dem notariellen Auszuge zu prüfen. Diesem Zwecke diente früher ja auch, doch nur für den Notfall, der verkürzte und versiegelte ptolemäische Innentext, welcher ebenfalls einen Inhaltsauszug aus dem unverschlossenen Volltexte darstellte. Darum liegt es nahe, zu vermuten, daß der römische, vom Notariate gefertigte Inhaltsauszug den Ersatz für den ptolemäischen Innentext bildet, nur unter Hinzufügung erhöhter Sicherheit, weil jetzt das Einreichen an die Verwahrstelle nicht mehr durch den Privatmann geschieht, sondern durch die Notariatsbehörde.

Wer fremde Gegenstände geschäftsmäßig verwahrt, muß notgedrungen über die verwahrten Dinge eine Bestandsliste führen. Ich zweifle nicht, daß auch schon der ptolemäische Hüter eine solche Liste geführt hat, und daß darin Inhaltsauszüge mit denjenigen Vermerken standen, die nötig waren, um ihm die Erfüllung der oben (S. 408) erwähnten Pflichten zu ermöglichen. Solche Bestandsliste mit Inhaltsauszügen führte auch das römische Besitzamt, sie führt den wiederholt genannten Namen „τὰ διαστώματα“. Über Beschaffenheit und Führung dieser Bestandsliste habe ich im *Girwesen* S. 488 ff. eingehend gehandelt.

Wären die διαστώματα ein Grundbuch, so wäre es für das ägyptische Grundbuchamt sehr leicht gewesen, die objektive und subjektive Vollständigkeit zu sichern, weil, wie erwähnt, alle Notariate alle Urkunden dem Besitzamte auszugsweise durch die Vertragsmelderolle mitteilten. Ein einfaches Vergleichen hätte da ergeben, wer von den Grundbesitzern die vorgeschriebene ἀπογραφή seines Erwerbes unterlassen hatte. Da hätte — von Handscheinen abgesehen — rechtzeitig gemahnt werden können. Will man einwenden, daß dieses Vergleichen durch lässiges

1) Den Gegensatz zu den öffentlichen Notariatsverträgen bilden die Handscheine (χειρόγραφα), denen das Besitzamt verschlossen blieb (vgl. *Girwesen* S. 474).

Arbeiten der Grundbuchbeamten oder der Notare unterblieben sei, so muß man fragen: weshalb unterläßt es aber Rufus, auf die für den Grundbuchdienst so überaus wichtige Vertragsmelderrolle hinzuweisen und anzuordnen, daß die Notare dieselbe künftig gewissenhafter führen, oder daß die Grundbuchbeamten das Vergleichen künftig besser handhaben sollen? Rufus tadelt ja die Notare in anderer Hinsicht und bedroht sie sogar mit Disziplinarstrafe (Z. 38), weshalb vergißt er die Vertragsmelderrolle? Die Schwierigkeit löst sich, wenn wir in den *διαστροφάματα* kein Grundbuch, sondern lediglich die Bestandsliste sehen und daran denken, daß das Verwahrenlassen freier Wille eines jeden Besitzers war.

15. Die Landarten und ihre Grundbücher.

Die *δημοσία γῆ* und die *βασιλική γῆ*, deren Unterscheidung¹⁾ für unsere Untersuchung außer Betracht bleiben kann, sind öffentliches Land, welches in der Regel verpachtet wurde. Es ist klar, daß der Staat für diese Landart in jedem Gaue ein genaues Verzeichnis mit Angabe der Größe jedes Landstückes, der Lage, der Ertragsfähigkeit, des Namens des Pächters u. dgl. geführt haben muß, denn anders ist ein Verwalten und Verpachten nicht denkbar. In Ansehung der genannten Landart war also dieses Verzeichnis eine Art von Grundbuch, angelegt nach Realfolien; denn in erster Linie ist der Nachweis des Landes nötig, nicht der Name des wechselnden Pächters.

Im Weiteren gab es *ἑρὰ γῆ*. Es soll hier nicht erörtert werden, in welchem Verhältnisse diese Landart zum Staate stand²⁾, aber soviel ist klar, daß der Staat, nicht etwa die Priesterschaft, Eigentümer der *ἑρὰ γῆ* ist und auch die Verwaltung dieses Landes in Händen hat. Mit hin muß die Staatsverwaltung über die *ἑρὰ γῆ* ebenfalls genaue Verzeichnisse mit Angabe der Lage, Größe u. s. w. jedes Landstückes geführt haben; dieses Verzeichnis muß ebenfalls nach Realfolien angelegt gewesen sein. Damit haben wir abermals eine Art von Grundbuch, diesmal für das Tempelland.

Eine andere Landart ist die *γῆ κληρονομική* und die *γῆ κατοικική*. Beide Landarten sind Lehenland³⁾. Wenn auch der Begriff des Lehens im Laufe der Zeit, besonders in römischer Zeit, stark verblaßt war, so daß der Kleruche und Katöke als Grundeigentümer galt⁴⁾, so ist doch von

1) *Griewesen* S. 188 ff. Rostowzew, *Kolonat* S. 153 f. Wilcken, *Grundzüge* S. 288 ff.

2) Über diese Frage siehe Rostowzew, *Kolonat* S. 76 ff. Otto, *Priester und Tempel* II S. 81 ff. Wilcken, *Grundzüge* S. 300 ff.

3) *Griewesen* S. 164 f.

4) Wilcken, *Ostraka* I S. 185; *Grundzüge* S. 304. Grenfell und Hunt, *P. Teb.* II S. 169. Rostowzew, *Kolonat* S. 88 ff.

vornherein zu vermuten, daß der römische Staat sein Recht als Obereigentümer im Prinzipie niemals aufgegeben hat. Für das Katökenland läßt sich das tatsächlich erweisen, denn zum buchmäßigen Nachweise dieser Landart gab es eine besondere Behörde, die Katöken-Rechenkammer (*κατοικιὸν λογιστήριον*), die für den Bereich eines Gauces über alle Katökenlehen ein Katökengrundbuch (*γραφὴ καταλογισμῶν*) führte¹⁾ und alle mit dem Katökenlehen zusammenhängenden Dienstgeschäfte wahrnahm²⁾. In dieser Katöken-Rechenkammer waren die Katökenlehen, Grundstück für Grundstück, vollständig verzeichnet; bei jedem Lehen war der derzeitige Besitzer vermerkt; die Verbuchung des Besitzrechtes in dem Lehengrundbuche war für jeden Katöken Zwangssache; die Verbuchung war Voraussetzung und Vorbedingung für das Besitzrecht; ohne Vorwissen und ohne Genehmigung dieses Grundbuchamtes konnte kein Katöke sein Lehen veräußern. Das sind Grundsätze, die für ein Grundbuch nicht besser hätten geschaffen werden können, und die vollständig den Grundsätzen der neuzeitlichen Grundbücher entsprechen. Man erkennt daraus, daß der Grundbuchgedanke in dieser Vollkommenheit dem antiken Denken keineswegs fremd war, und darf daraus den weiteren Schluß ziehen, daß es der römischen Regierung wohl möglich gewesen wäre, auch im Besitzamte (*βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων*) ein Grundbuch mit gleichgroßer Vollkommenheit zu begründen und auf dem Laufenden zu erhalten, wenn sie gewollt hätte.

Alle jene Zwangsvorschriften, die den Katöken an die Katöken-Rechenkammer banden, deuten darauf hin, daß wir auch das Katökenland in römischer Zeit noch als ein Lehenland zu betrachten haben.

Was das Privatland (*γῆ ιδιόκτητος*) betrifft, so hat Rostowzew³⁾ eingehend über diese Landart gehandelt. Er hebt zutreffend hervor, daß die römische Regierung zwischen zwei Auffassungen hin- und herschwankte: bald bezeichnete man diese *γῆ* als reines Privateigentum, bald erklärte man den Staat als den Obereigentümer; letztere Auffassung habe auch darin eine Stütze, daß diejenigen, welche ihr Privatland bepflanzen wollten, nicht nur die staatliche Erlaubnis dazu einholen mußten, sondern auch noch ein *πρόστιμον*⁴⁾ dafür zu zahlen hatten. Ich möchte vermuten⁵⁾, daß wenigstens in der Fiktion die *γῆ ιδιόκτητος* allezeit als Lehen des Staates — allerdings in freierer Form als die *γῆ κατοικική* und *γῆ κληρονομική* — angesehen worden ist. Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe⁶⁾, hat der Besitzer von Privatland das *πρόστιμον* an den Staat

1) Siehe oben S. 431.

2) Die Einzelheiten siehe im *Girwesen* S. 496 ff.

3) *Kolonat* S. 94 ff.; 112 ff. — 4) Berger, *Strafklauseln* S. 12.

5) Vgl. *Archiv* V S. 315 Anm. 1.

6) *P. Cairo Preis.* 12 Einl. (2. Jahrh. n. Chr.),

auch dann zu zahlen, wenn ein Landstück als Fruchmland überhaupt aus-
 schied, weil es durch Errichtung irgend eines Bauwerkes, z. B. eines
 Brunnens, einer Scheune u. dgl., überbaut wurde. Der Besitzer von *γῆ
 ιδιόκτητος* ist eben Lehensmann, der ohne Genehmigung des Obereigen-
 tümers nicht völlig frei über das Land verfügen darf. Mit dieser Auf-
 fassung steht auch in Übereinstimmung, daß der nach Vitelli von Wilcken,
Chrestom. Nr. 341, neu herausgegebene Florentiner Papyrus die *γῆ ιδιό-
 κτητος* ebenso wie die *γῆ κατοικική* zur *γῆ ιδιωτική* rechnet. Da die *γῆ
 κατοικική*, wie wir sahen, ein Lehen ist, so würde die *γῆ ιδιόκτητος*,
 falls sie im Gegensatze zum Lehen völlig freies Privatland wäre, nicht
 mit dem Katökenlehen zusammengespannt und gemeinsam mit dem
 Katökenlehen dem Oberbegriffe der *γῆ ιδιωτική* untergeordnet werden.
 Der Papyrus bestätigt vielmehr, daß das Privatland (*γῆ ιδιόκτητος*) zu
 den Lehen gehört.

Diese Auffassung ist auch deshalb naheliegend, weil, nachdem es
 in ptolemäischer Zeit kein reines Privatland (Privateigentum), sondern
 nur Besitz (Untereigentum) gegeben hatte¹⁾, für die Römer kein ersicht-
 licher Grund vorlag, den Grundsatz des staatlichen Obereigentums ohne
 Not fallen zu lassen, umsoweniger, als nach römischer Anschauung reines
 Privateigentum auf Provinzialboden nicht möglich war²⁾.

Ein Zeichen dafür, daß die Römer ein reines Privatland nicht zu-
 gelassen, sondern die *γῆ ιδιόκτητος* als Lehen betrachtet haben, sehe ich
 auch darin, daß die Grundsteuer in römischer Zeit unbekannt ist. Der
 Besitzer von Privatland (*γῆ ιδιόκτητος*) zahlte nur Erntesteuer. Man
 kann eben das, was man nicht als Eigentum besitzt, auch nicht als
 solches versteuern, wohl aber kann der Lehensmann von der Ernte, die
 er auf seinem Lehen gewinnt, eine Abgabe an seinen Lehensherrn zahlen.
 Erst gegen das Ende der römischen Zeit³⁾ war der Lehengedanke so
 stark verblaßt, daß das Privatland zum reinen Privatlande (Eigentum)
 wurde, ein Vorgang, der durch die einsetzende Patroziniumsbewegung⁴⁾
 eine Stütze fand. Darum tritt uns erst in byzantinischer Zeit, seit
 Diocletian, die Grundsteuer entgegen, darum stoßen wir erst jetzt auf

1) Rostowzew, *Kolonat* S. 79, schließt Privateigentum in ptolemäischer
 Zeit aus. Ebenso G. Maspero, *Les finances de l'Égypte* S. 26f. Wilcken, *Grund-
 züge* S. 30, vermutet, daß schon in der späteren Ptolemäerzeit das Prinzip, daß
 der König alleiniger Eigentümer des ganzen Bodens sei, nicht mehr in Geltung
 gewesen sei. Vgl. dazu Mitteis, *Grundzüge* S. 95 Anm. 3.

2) Darum spricht Mitteis, *Grundzüge* S. 96, von peregrinischem Quasi-
 Eigentum. Ebenso Wilcken, *Grundzüge* S. 287 und 307.

3) Nach Wilcken, *Grundzüge* S. 318, ist der Rechtssatz des allgemeinen
 Obereigentums des Königs schon in römischer Zeit aufgehoben worden.

4) Über die Patroziniumszeit siehe M. Gelzer, *Studien zur byz. Verwaltung
 Ägyptens* S. 69ff. Lewald, *Zschr. Sav. Stiftg.* 1911 S. 473ff.

die Tatsache, daß an die Steuerbehörden Grundstücks-ἀπογραφαί eingereicht werden¹⁾).

Ist aber das Privatland ein Lehenland, so wird die Regierung eine Nachweisung auch dieses Lehenlandes in irgend einer Form geführt haben, ähnlich wie für die anderen Arten von Lehenland. Bestand eine solche Nachweisung, so lag für die Regierung kein Bedürfnis vor, eine objektiv vollständige Übersicht des Privatlandes noch einmal in Form eines Grundbuches innerhalb des Besitzamtes zu begründen. Jedenfalls wäre es nicht zu verstehen, weshalb die Regierung die Privatland-Lehen zusammen mit den Katökenland-Lehen im Besitzamtsgrundbuche verbuchte, daneben aber die Katökenland-Lehen zum zweitenmale in dem Katökengrundbuche.

Was die Bedürfnisfrage betrifft, so muß man sich überhaupt vergegenwärtigen, daß in Ägypten ganz andere Voraussetzungen vorhanden waren, als in heutigen Staaten. Ägypten war ein Ackerbaustaat allerersten Ranges; dieser Umstand im Zusammenhange mit den jährlichen Nilüberschwemmungen und den sich daran anschließenden Bodenvermessungen und Regulierungen der Dämme, Kanäle und sonstigen Wasserwerke nötigten die Regierung von Hause aus seit vielen Jahrhunderten, den ganzen Grund und Boden von einheitlichem Gesichtspunkte aus zu betrachten und zu behandeln, d. h. vor dem Privatlande nicht Halt zu machen. Öffentliches Land, Lehen und Privatland-Lehen werden vielerorts in kleineren Parzellen in buntem Wechsel nebeneinander gelegen haben; beim Vermessen nach der Überflutung mußte in solchen Fällen Privatland wie öffentliches Land in die Meßarbeiten gleichmäßig und gleichzeitig einbezogen werden. Schon daraus folgt, daß die Regierung für wasserbautechnische, ackerbautechnische und auch steuertechnische Zwecke genaue Verzeichnisse (Übersichten, Listen) über alle Einzelgrundstücke des nicht mit Städten oder Dörfern überbauten Grund und Bodens geführt haben muß, und daß diese Verzeichnisse das Privatland nicht ausgeschlossen haben können. Rechte und Pflichten der privaten Besitzer, Namen der Besitzer, Größe, Lage und Beschaffenheit der privaten Grundstücke werden in diesen Verzeichnissen jedesmal genau angegeben worden sein. Diese Listen katastraler²⁾ und anderer Art boten die beste objektive Vollständigkeit des privaten Grund und Bodens, wie sie ein Grundbuchamt nicht besser bieten konnte, eine Vollständigkeit, die auch die Staaten neuerer Zeit vor Einführung der Grundbücher nicht in so vollkommenem Maße besaßen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: ein Bedürfnis für die römische Regierung, ein Grundbuchamt für das Privatland zu begründen, ist in Ansehung der ägyptischen Sonderverhältnisse nicht erkennbar; wohl aber

1) Über die Grundsteuer und die Grundstücks-ἀπογραφαί der byz. Zeit siehe Wilcken, *Grundzüge* S. 220 und 226 f.

2) Über den Kataster vgl. neuestens Wilcken, *Grundzüge* S. 176 ff.

ist es möglich, daß die Staatsverwaltung über das Privatland besondere Listen deshalb geführt habe, um die staatliche Lehensoberherrlichkeit nicht aus den Händen zu lassen; doch wären solche Listen kein Grundbuch, weil der Staat sich um Besitzveränderungen des Privatlandes nicht kümmerte. Diese vom Staate als dem Lehnsherrn geführten Listen werden objektiv vollständig gewesen sein, auch enthielten sie wohl Angaben der auf den einzelnen Grundstücken ruhenden Lasten und Pflichten, um die Innehaltung der Pflichten dauernd nachprüfen zu können, doch wäre von einer subjektiven Vollständigkeit keine Rede. Die eine oder andere der uns erhaltenen Listen könnte eine solche Liste sein.

16. Liturgie und Grundbuch.

Rostowzew ist, trotz des Schwankens der Römer¹⁾ in der Auffassung über das Wesen des ägyptischen Privatbesitzes, der Meinung, daß sich in römischer Zeit reines Privatland gebildet habe; er stimmt mir darin bei²⁾, daß die *βιβλιοθήκη ἐγκτήσεων* zunächst als ein Amt entstand, „worin die Privatbesitzer freiwillig ihren Privatbesitz eintragen konnten, vor allem den Privatbesitz an Liegenschaften, in zweiter Linie den Privatbesitz an Vieh und Sklaven“, indessen meint er, daß aus diesen Verwahrämtern allmählich, und zwar besonders durch den Einfluß des Liturgiewesens, richtige Grundbuchämter entstanden seien, weil es im Interesse des Staates, sodann auch im Interesse der Privatbesitzer gelegen habe, jederzeit den für liturgische Ämter und Leistungen geforderten *πόρος* ersichtlich zu machen.

Ich glaube nicht, daß die Liturgie als Stütze für das Grundbuch verwendet werden kann. Es gab allerorts Leute, die keine Grundbesitzer waren, aber dennoch Vermögen besaßen, wie die *ναύκληροι* und *ἐμποροι*, ferner Geldmänner, die nicht vom Grundbesitze lebten, sondern von Geldgeschäften, von Transportunternehmungen u. dgl.; alle diese Leute wurden zu den ihrem Vermögen entsprechenden Liturgien herangezogen, ohne daß ein Grundbuch hätte Auskunft geben können. Die Regierung hatte überdies gar nicht nötig, ein Grundbuchamt für die Zwecke der Liturgie zu schaffen, da sie alle für die Liturgie erforderlichen Angaben sowie die erforderliche Sicherheit in anderer Weise viel bequemer haben konnte und auch hatte. Es war bekanntlich nicht Sache der Regierung, die zur Liturgie geeigneten Männer auszuwählen, sondern Sache der Gemeinden³⁾; den Gemeinden fiel die Vorschlagspflicht zu, und die Gesamtheit der Gemeindemitglieder (*οἱ ἀπὸ τῆς κώμης*) übernahm

1) *Kolonat* S. 112. — 2) *Kolonat* S. 405.

3) Wilcken, *Ostraka* I S. 602; *Archiv* III S. 529 f.

jede Gefahr¹⁾. Darum entscheidet der Statthalter in *CPR* I 20 Kol. I, 8: τὸν κίνδυνον τῆς προβολῆς εἶναι πρὸς [τοὺς ὀνομάσαντ]ας. Bevor aber die Gemeindemitglieder in ihren Geldbeutel griffen, um die Schuld eines Liturgen zu decken, mußten die Familie des letzteren oder seine Erben²⁾ herhalten; in *P. Teb.* II 397 (198 n. Chr.) bezahlt die Schwiegertochter eines Liturgen die Dienstschild ihres Schwiegervaters noch nach 45 Jahren.

Wenn die römische Regierung in jeder Gauhauptstadt ein Grundbuch für den ganzen Gau geschaffen haben würde, damit ein solches Grundbuch für die Zwecke der Liturgie nutzbar gemacht werden könnte, würde die Nutzbarmachung in der Praxis doch nur so zu denken sein, daß jede von den Dorfgemeinden und von der Stadtgemeinde bei der Gauregierung einlaufende liturgische Vorschlagsliste den Grundbuchbeamten zugeschrieben worden wäre, um zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Männer, falls sie Grundbesitzer sind, auch wirklich denjenigen πόρος hatten, welcher für die in Frage kommenden Ämter vorgeschrieben war. Da nun in allen uns bekannten Vorschlagslisten von den Gemeinden wohl der πόρος des Einzelnen angegeben, niemals aber daneben vermerkt wurde, ob der Betreffende ein Grundbesitzer ist oder nicht, so tappten die Grundbuchbeamten von Anfang an im Dunkeln, denn sie konnten, wenn der Gesuchte nicht im Grundbuche stand, nicht wissen, ob derselbe als Grundbesitzer die Vermeldung — vielleicht absichtlich, mit Rücksicht auf die bevorstehende Liturgiepflicht — unterlassen habe oder überhaupt gar kein Grundbesitzer sei. Für den Fall aber, daß der Gesuchte im Grundbuche gefunden wurde, konnten die Grundbuchbeamten wiederum nicht wissen, ob der Betreffende jetzt noch Besitzer des verbuchten Grund und Bodens sei, weil man duldete, daß der Besitzwechsel sehr oft jahrelang nicht oder überhaupt nicht vermeldet wurde³⁾. Schließlich wußten die Grundbuchbeamten auch nicht, ob nicht starke hypothekarische Belastungen inzwischen vorgenommen worden waren, deren Vermeldung unterblieben ist.

Unter solchen Umständen hätte also ein im Besitzamte geführtes Gaugrundbuch für Privatland keinen praktischen Wert für liturgische Zwecke gehabt. Die von der Gemeinde als Summe der Dorfansässigen gestellte bedingungslose Sicherheit bot schon die denkbar beste Gewähr. Wollte aber die Regierung in bestimmten Fällen über den Besitz eines Liturgen genauere Auskunft haben, so fragte sie bei dem κομογραμματεὺς an, der als Dorfkatasterführer über den Grundbesitz jedes einzelnen Dörflers genau unterrichtet war und auch die Vermögensverhältnisse der

1) Vgl. z. B. *BGU* 235, 13 ff. (um 137 n. Chr.): γνώμη καὶ κινδύ[ν]φ(⟨ν⟩) τῶν ἀπὸ τῆς κώμης τῶν καὶ ἐγγυομέ[νο]ν (l. ἐγγυομένων) κατὰ τὸ ἕ(θ)ος.

2) *P. Teb.* II 327 (2. Jahrh. n. Chr.). Dazu Wilcken, *Chrestom.* I Nr. 394 Einl.

3) Siehe oben S. 437.

Nicht-Grundbesitzer am besten kannte. Daneben noch konnte sie beim Besitzamte anfragen, ob der Liturge Besitz in Verwahrung gegeben habe, und zutreffendenfalls, welcher Art der Besitz sei. Lag verwahrter Besitz vor, so konnte die Sperre desselben verfügt werden¹⁾, was zum Heile der Gemeinden geschah, da deren Ersatzverbindlichkeit durch die Sperre gemildert wurde.

17. Hausbesitz ist kein Grundbesitz.

Wir sahen, daß der Besitzer von Privatland (*γῆ ιδιόκτητος*) sehr wahrscheinlich nicht Eigentümer des Landes, sondern nur Lehnsmann ist, und daß er, wenn er seine *γῆ* überbauen wollte, ein *πρόστιμον* an den Staat zu zahlen hatte, gewissermaßen eine Gebühr dafür, daß der Lehnsherr den Bau gestattete. Das überbaute Land blieb nach wie vor Lehen, während das Haus, das der Lehnsmann auf die *γῆ* baute, reines Privateigentum des Lehnsmannes wurde, in derselben Weise, als hätte dieser eine Lehmhütte oder einen beliebigen ihm gehörigen beweglichen Gegenstand auf das Land gestellt. Daß Hauseigentümer und Grundeigentümer verschiedene Personen sind, finden wir im Altertum auch anderwärts²⁾, ebenso in neuerer Zeit in verschiedenen Ländern (z. B. Rügen, Elsaß, England).

Würde nun im Besitzamte ein Grundbuch geführt werden, und hätte Mettius Rufus unter „*πάντας τοὺς κτήτορας*“ sämtliche „Grundbesitzer“ verstanden, so müßten, weil wir im Besitzamte Häuser verbucht finden, auch die Hausbesitzer zu den Grundbesitzern gehören, was nach obigen Ausführungen ausgeschlossen ist. Man könnte einwenden, daß die Häuser nicht in gleicher Linie mit dem Immobilien-Grundbesitze verbucht worden seien, sondern in gleicher Linie mit dem übrigen Besitze (Mobiliarbesitz u. dgl.). Dieser Ausweg ist aber dadurch versperrt, daß wir in *P. Oxy.* II 247 (90 n. Chr.) eine *ἀπογραφὴ* besitzen, die unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den erörterten Erlaß des Mettius Rufus an das Besitzamt eingereicht worden ist und Hausbesitz betrifft. Mithin hat Rufus unter den *κῆτορες* auch die Hausbesitzer verstanden, und diese Betrachtung führt uns wieder auf denselben Punkt, zu dem wir schon oben wiederholt aus anderen Ursachen gelangt waren, nämlich, daß unter *κῆτορ* nicht lediglich der Grundbesitzer zu verstehen sei.

Ein Zeugnis dafür, daß Hausbesitz, im Gegensatze zum Grundbesitze, schon in römischer Zeit reiner Privatbesitz (Eigentum) war, sehe ich in dem Umstande, daß es in römischer Zeit Gebäudesteuern³⁾ gab, nicht aber Grundsteuern⁴⁾.

1) *Girouesen* S. 477 ff. — 2) Pappulias, *Zschr. Sav. Stift.* 27 (1906) S. 363 f.

3) Preisigke, *P. Strassb.* I 31 Einl. S. 117. Wilcken, *Gundzüge* S. 171 und 188. Jouguet, *Vie municipale* S. 434 Anm. 2.

4) Siehe oben S. 450.

Für unsere Frage kommen indessen nicht bloß die Besitzer ganzer Häuser in Betracht, sondern auch die Besitzer von Hausteilen. Solche kommen entweder räumlich oder buchmäßig (ideell) vor, in letzterem Falle offenbar in Form von Anteilscheinen. Die räumliche Teilung wiederum kann entweder eine senkrechte oder eine wagerechte sein¹⁾. Egon Weiß ist der Ansicht²⁾, daß sich die wagerechte Teilung (Stockwerkseigentum) zwar hin und wieder finde, daß aber die senkrechte Teilung die Regel bilde. Ich möchte glauben, daß das Verhältnis eher umgekehrt liegt. Wie Weiß³⁾ richtig hervorhebt, ist der Besitzer eines Hausteiles bei Veräußerung u. dgl. an eine Zustimmung der übrigen Mitbesitzer nicht gebunden; er ist also, den Fall eines Miteigentums ausgeschlossen, selbständiger Eigentümer seines Hausteiles. Falls nun bei senkrechter Teilung der Teilbesitz den Erdboden berührt, würde der Eigentümer dieses Teilbesitzes auch Eigentümer des zugehörigen Grund und Bodens sein können, falls reiner Privatgrundbesitz möglich wäre. Ganz ausgeschlossen ist dieses aber bei wagerechter Teilung. In BGU 999 (99 v. Chr.) verkauft jemand von seinem Hause ein ὑπερῶον und das κατάγειον, mithin ein Obergeschoß und das Kellergeschoß; den übrigen Teil des Hauses besitzt also auch fernerhin der Verkäufer oder jemand anders. In P. Strassb. I 14 (211 n. Chr.) finden wir einen auf einem Hause befindlichen Festsaal, der als selbständiges Ding verkauft wird. Der Festsaal steht als selbständiger Besitzgegenstand auf dem Hause, gleichwie das Haus als selbständiger Besitzgegenstand auf dem Erdboden steht.

Daß Hausteile im Besitzamte als selbständiger Besitz verwahrt wurden, ist sicher⁴⁾. Wir besitzen sogar ἀπογραφαί über Hausteile, die infolge statthalterlichen Erlasses an das Besitzamt eingereicht wurden⁵⁾, also ἀπογραφαί, die ich als pflichtmäßige bezeichnet habe, weil sie zur Herstellung einer Neuauflage der διαστροφάματα eingefordert wurden. Demgemäß werden die ἀπογραφαί über Hausteile von den Gelehrten, die für das Grundbuch eintreten, auch als Beispiele im Sinne des Grundbuches verwertet.

Den kleinsten Hausanteil behandelt die an das Besitzamt gerichtete ἀπογραφή P. Oxy. III 482 (109 n. Chr.): τρίτον μέρος μερῶν δύο ἀπὸ μερῶν τεσσάρων ὄντων ἀπὸ μερῶν πέντε, das sind $\frac{2}{15}$. Ein so kleiner Bruchteil ist nur buchmäßig (als Anteilschein) denkbar. Außerdem aber läßt die Art, wie der Bruchteil bezeichnet wird, deutlich erkennen, daß er durch wiederholtes Zerschlagen von Anteilen, wahrscheinlich infolge jedesmaliger Erbschaft, entstanden ist. Dieser Papyrus zeigt deutlich,

1) Preisigke, P. Strassb. I S. 54f. Manigk, Zschr. Sav. Stift. 1909 S. 278.

2) Archiv IV S. 336. — 3) Archiv IV S. 358.

4) Z. B. BGU 5 Kol. II, 1 (vgl. dazu BGU 11). P. Hamb. 14.

5) Z. B. P. Oxy. II 247; 248; III 481; IV 715. P. Fay. 32. BGU 459; 536.

daß das Besitzamt nicht nur körperlich greifbare Hausteile aufnahm, sondern auch solche Hausteile, die nur buchmäßig vorhanden und daher räumlich gar nicht bestimmbar sind. Verstand Rufus auch Besitzer solcher Anteile unter den *κτήτορες*? Die Frage muß offenbar bejaht werden. Ein neuer Beweis dafür, daß der *κτήτωρ* nicht lediglich der Grundbesitzer sein kann, und daß Rufus bei den Worten *πάντας τοὺς κτήτορας* an ein Grundbuch gar nicht dachte. Man könnte einwenden, daß ideelle und körperliche Hausteile in einem Grundbuche ebenso gut Aufnahme finden können, wie eine Hypothek; doch ist dagegen zu bemerken, daß die Hypothek am verbuchten Grund und Boden haftet, während die Hausteile mit dem Grund und Boden keinen rechtlichen Zusammenhang haben, vielmehr völlig selbständige Eigentumsgegenstände darstellen.

Man kann aber noch weiter gehen. Aus einem von Wenger veröffentlichten¹⁾ Münchener Papyrus, Inv. Nr. 108, aus byzantinischer Zeit, lernen wir, daß man τὸν ἀέρα ἐν τετάρτῃ στέγῃ²⁾ eines Hauses als selbständigen Wertgegenstand verkaufen konnte, also einen Luftraum³⁾, der sich über einem Hause befand. Dieser Luftraum war offenbar deshalb ein selbständiger Wertgegenstand, weil man dort einen selbständigen Bau aufführen lassen konnte, der wiederum als selbständiger Gegenstand verkäuflich war. Sehr wahrscheinlich bestanden solche Luftraumkäufe auch schon in römischer Zeit. Ebenso gut wie jener Besitzer eines kleinen Buchanteiles am Hause wird auch der Besitzer eines Luftraumes diesen Luftraum in das Besitzamt haben bringen dürfen. Also auch er wäre ein *κτήτωρ* im Sinne des Rufus.

Die zahlreichen, den verschiedensten Besitzern gehörigen, großen und kleinen Hausanteile würden übrigens dem Besitzamte, falls dort ein Grundbuch bestände, und falls diese Hausanteile als Grundbesitz⁴⁾ gelten würden, der objektiven Vollständigkeit außergewöhnliche Schwierigkeiten

1) *Zschr. Sav. Stift.* 32 (1911) S. 326 ff.

2) Vermutlich bedeutet *στέγη* „Geschoßdecke“, sodaß an den Luftraum über dem vierten Stockwerke zu denken wäre.

3) Ich möchte vermuten, daß die byzantinische Luftsteuer (*ἀερίκον*), die durch *P. Lond.* IV 1357, 8 (= Wilcken, *Chrestom.* Nr. 298) von neuem belegt worden ist, von den Besitzern solcher Lufträume, die also einen Wertgegenstand darstellten, zu zahlen war. Allerdings würde diese Auffassung nicht recht damit übereinstimmen, daß nach Procopius (*hist. arc.* 21, 1) die Luftsteuer *πρὸς τοῖς δημοσίοις φόροις*, also als Zuschlag, erhoben wurde.

4) Mitteis, *Grundzüge*, S. 95 Anm. 3, zählt, wo er davon spricht, daß es Aufgabe des Grundbuches sei, „über die Rechte an Grundstücken möglichst Evidenz herzustellen“, die Häuser zu den privaten Grundstücken. Die Hausteile erwähnt er hierbei nicht besonders, doch zitiert er (z. B. S. 106 oben) Belegstellen über Hausteile, wo von dem Grundbuche die Rede ist. Ebenso Eger, *Grundbuchwesen*, und Lewald, *Grundbuchrecht*.

bereiten. Da die διαστροφάματα, d. h. die Grundbuchblätter, nicht nach Realfolien, sondern nach Personalfolien angelegt worden sind, so stehen, wenn ein Haus z. B. zwölf Teilhaber hat, die zwölf Teilhaber an zwölf verschiedenen Stellen verzeichnet; und da für jeden Anfangsbuchstaben der Besitzernamen eine besondere Rolle vorhanden ist¹⁾ (A-Rolle, B-Rolle, Γ-Rolle usw.), die bei zahlreichen Besitzern mit demselben Anfangsbuchstaben in eine bestimmte Zahl von Unterrollen zerfällt, so lassen sich die Schwierigkeiten gar nicht ermessen, welche entstehen, wenn man aus den zahlreichen Rollen die vielen Hausteile zusammensuchen will, um das ganze Haus zusammzusetzen und auf diese Weise die objektive Vollständigkeit zu prüfen. Oder man müßte schon sagen, daß die objektive Vollständigkeit nur inbezug auf Grund und Boden, nicht aber inbezug auf Häuser angestrebt wurde.

Lassen wir das Grundbuch fallen, so schwinden alle Schwierigkeiten: der Besitzer eines Hauses oder eines Hausteiles konnte, gleichwie der Besitzer eines Sklaven, seinen Besitz in das Besitzamt bringen zum Zwecke der Verwahrung, falls er wollte.

18. Die Vertragsmelderolle und Vertragsurschriftenrolle des Notariates.

Die öffentlichen Notariate hatten in bestimmten Fristen Auszüge aus allen von ihnen errichteten Urkunden, ohne Unterschied der Gattung, in Form einer Übersicht an das Besitzamt einzusenden. Das sind die Vertragsmelderollen²⁾. Dem Privatmanne stand es frei, das vom Notariate ihm behändigte Urkundenexemplar in das Besitzamt zu bringen oder nicht zu bringen. Brachte er die Urkunde hinein, so konnte das sogar in Form einer Abschrift³⁾ geschehen. Das Besitzamt verglich die vom Privatmanne ihm überreichte Urkunde mit dem amtlichen Auszuge in der Vertragsmelderolle.

Mitteis⁴⁾ führt aus, daß die Notariate dem Besitzamte Abschriften, zu Rollen aneinandergefügt (εἰσρόμενα), eingesandt haben. Da wir aber eine Reihe von Papyri mit Vertragsauszügen besitzen⁵⁾, darunter einen mit der deutlichen Adresse βιβλιοφύλαξιν ἐγκτήσεων, so ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß Auszüge, die ja dem Zwecke des Vergleichens genügten, die Regel bildeten. Mitteis hält es für möglich⁶⁾, daß diese Auszüge neben den Abschriften an das Besitzamt eingeliefert wurden. Ich glaube nicht, daß diese doppelte Einsendung bestand. Möglich ist es aber, daß dieses oder jenes Notariat anstelle der Auszüge gelegentlich Abschriften (Vollwiedergabe des Urkundentextes) eingeliefert hat.

1) *Girowesen* S. 454. — 2) *Girowesen* S. 428 ff.

3) *Girowesen* S. 396. — 4) *Grundzüge* S. 92.

5) *Girowesen* S. 429 ff. *P. Cairo Preis.* 31. — 6) *Grundzüge* S. 64.

Eger¹⁾ sieht den Hauptzweck der Melderollen darin, daß dem Grundbuchamte eine Prüfung darüber ermöglicht werden soll, „ob bei allen die Rechte an Grundstücken betreffenden Rechtsgeschäften die vorgeschriebenen Meldungen erfolgt und ob die eingereichten Meldungen richtig waren“. Der Umstand aber, daß die Melderollen auch Auszüge aus Urkunden über andere Dinge als Grundbesitz enthielten — der *P. Cairo Preis.* 31 enthält z. B. Darlehensverträge, Dienstverträge und Ammenverträge —, zeigt an, daß das Besizamt, wie wiederholt erwähnt worden ist, Urkunden jeder Gattung von den Privatleuten zur Verwahrung entgegennahm.

Die Freiwilligkeit der Urkundenhinterlegung brachte es mit sich, daß ein Privatmann, auch wenn er die Hinterlegung ursprünglich nicht beabsichtigte, sich späterhin dennoch zur Hinterlegung entschließen konnte. Da hätte es keinen Wert gehabt, wenn das Notariat nur diejenigen Verträge in die Melderolle aufgenommen hätte, deren Hinterlegung von vornherein beabsichtigt war. Es war richtiger, alle Verträge ohne Auswahl aufzunehmen.

Die Vertragsmelderolle ist also ein Dienstpapier, dazu bestimmt, daß das Besizamt die vom Privatmanne zur Verwahrung bei ihm eingelieferte Urkunde (Original oder Abschrift) auf Richtigkeit prüft, wobei es im Prinzip gleichgültig ist, ob das Notariat die Melderolle in Form von Auszügen oder in Form von Abschriften anfertigt. Mitteis hat meine Ausführungen im *Girwesen* mißverstanden, wenn er (*Grundzüge* S. 63, Anm. 3) folgendes ausführt: „Preisigke, der richtig darauf hinweist, daß die Bibliotheken Archive sind, hebt diesen Satz dadurch wieder auf, daß er die den Gegenstand ihrer Verwahrung bildenden *εἰσώμενα* als bloße Auszüge betrachtet, während in Wahrheit sowohl die Bibliothek als das Notariat vollständige Urkunden besitzt, erstere die Abschriften, letzteres die Originale“. — Zunächst ist zu wiederholen, daß die *εἰσώμενα* dienstliche Meldungen des Notariates an das Besizamt sind; sie übermitteln — gleichviel ob in Form von Abschriften oder in Form von Auszügen — dem Besizamte den Text oder den Inhalt der beim Notariate aufgesetzten Urkunden zu Prüfungszwecken und bleiben dauernd beim Besizamte lagern als Dienstpapier; in Hinsicht eines solchen Dienstpapiers kann man nicht von Verwahrung im Sinne des Besizamtes sprechen. Verwahrung genießen dort allein diejenigen Urkunden, die der Privatmann zum Zwecke der Verwahrung einliefert. Anstelle von Originalen kann der Privatmann allerdings auch Abschriften einliefern, doch sind diese Abschriften von jenen Abschriften scharf zu unterscheiden; sie werden nicht vom Notariate, sondern eben vom Privatmanne (mittelst der freiwilligen *ἀπογραφῆς*) eingeliefert. Was schließlich die Mitteis'sche Be-

1) *Grundbuchwesen* S. 28.

merkung betrifft, daß das Notariat Originale besitze, so kann dieselbe leicht zu Mißverständnissen führen. Allerdings besitzt das Notariat Originale, aber diese sind Dienstpapiere des Notariates; ich nannte sie (*Girowesen* S. 417 ff.) Vertragsurschriftenrollen des Notariates. Diese Rollen haben den Zweck, daß das Notariat jederzeit amtliche Rechenschaft ablegen kann über die von ihm vorgenommenen dienstlichen Verrichtungen, und zwar in ähnlicher Weise, wie es alle sonstigen Beamten auf Grund ihrer Amtstagebücher (*ἐπομνηματισμοί*) tun müssen. Wenn man aber vom Besitzamt und vom Verwahrdienste des Besitzamtes spricht, so handelt es sich um diejenigen Originale, die das Notariat dem Privatmann ausgehändigt hat, und die der Privatmann danach zum Zwecke der Verwahrung beim Besitzamte einliefert.

Partsch möchte die Vertragsurschriftenrollen des Notariates nicht recht als Dienstpapiere angesehen wissen¹⁾. Aber diese Rollen wurden, wie von mir im *Girowesen* mit Bezug auf *P. Lord.* III, S. 156 ff. Nr. 1164 hervorgehoben worden ist, durch Aneinanderkleben der Urkunden gebildet. Urkunden, die man einem Archive zur Verwahrung übergibt, können zurückgefordert werden, sie dürfen daher nicht rollenweise aneinandergeklebt, müssen vielmehr einzeln, jede für sich, gerollt und einzeln verwahrt werden, wie das im Besitzamte mit den dort verwahrten Privaturkunden auch geschieht.

19. Die καταγραφή.

Wenn ein im Besitzamte verwahrter Gegenstand den Besitzer wechselt, so kann der neue Besitzer (Käufer) seinen Neubesitz durch freiwillige ἀπογραφή beim Besitzamte vermelden. Das Besitzamt muß alsdann die alten Besitzurkunden aus dem Fache des alten Besitzers herausnehmen und in das Fach des neuen Besitzers, d. i. bei dem Namensschildchen des neuen Besitzers, hineinlegen; gleichzeitig erfolgt eine Umbuchung in der Bestandsliste. Damit aber das Besitzamt die Berechtigung des neuen Besitzers prüfen kann, hat letzterer dem Besitzamte die καταγραφή des bisherigen Besitzers vorzulegen²⁾. Die καταγραφή habe ich als die Übereignungsurkunde bezeichnet³⁾, die — wie jede andere notarielle Urkunde, eine private Urkunde ist und darum vom Verkäufer an den Käufer ausgehändigt wird⁴⁾. Sie ist die

1) *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 741.

2) Dadurch entsteht, meine ich, eine dienstliche Verwendung der an sich privaten καταγραφή, eine Auffassung, die Mitteis (*Grundzüge* S. 178) für irrig hält.

3) *Girowesen* S. 440.

4) Vgl. *P. Cairo Preis.* 43 Einl. S. 41 f. Freundt, *Wertpapiere* I S. 47. Siehe auch Kirchner, *Zschr. Sav. Stift.* 1911.

römische Nachfolgerin der ptolemäischen ἀποστασίον συγγραφή (*Griowesen* S. 440). Partsch¹⁾ nennt die καταγραφή eine Eigentums-Aufgabe-Erklärung, was schließlich auf dasselbe hinausläuft, weil die Aufgabe-Erklärung im Anschlusse an den vorausgegangenen Kaufvertrag die Über-eignung in sich schließt. Mitteis bezeichnet die καταγραφή als die Auf-lassung (*Grundzüge* S. 176 u. ö.), bemerkt aber (a. a. O. S. 177), daß der Begriff auf Immobilien keineswegs beschränkt sei.

Damit möchte ich schließen. Zwar bleiben noch mancherlei Gesichtspunkte verwaltungsdienstlicher Art übrig, die zur Beurteilung des Wesens des Besitzamtes von Wert sind, doch glaubte ich mich an dieser Stelle nur auf die wichtigsten Dinge beschränken zu sollen, weil es vorerst darauf ankommt, die Hauptfrage einer Lösung näherzuführen, nämlich die Frage, ob wir mit einem Grundbuche zu rechnen haben oder nicht. Je nachdem diese Frage bejahend oder verneinend beantwortet wird, müssen auch die zahlreichen Nebenfragen in dem einen oder anderen Sinne ihre Erledigung finden.

Straßburg im Elsaß, September 1912.

1) *Gött. gel. Anz.* 1910 S. 753.